

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 6. Oktober 2007

118. Jahrgang Nr. 31.635

„Sie irren sich“

Cristina Kirchner beteuerte in Brasilien die Richtigkeit der Inflationsrate

Buenos Aires (AT/cal) – Mit dem Flugzeug des Präsidenten, dem Tango 02, landete die First Lady und Senatorin letzten Mittwoch in der Hauptstadt von Brasilien. Es ist die letzte Auslandsreise, die Cristina Fernández de Kirchner vor den kommenden Wahlen unternommen hat. Die Chile-Reise ist abgesagt. Denn in den letzten Tagen vor dem 28. Oktober gilt nur noch: Wahlkampagne in Argentinien.

Die Präsidentschaftskandidatin, die ihrem Mann Néstor Kirchner nachfolgen will, traf sich in Brasília mit dem brasilianischen Präsidenten Luis Inácio Lula da Silva im Alvorada-Palast zu Gesprächen. In seiner Privatresidenz empfängt er normalerweise nur Staatsoberhäupter. „Ich bin heute hier zu Besuch, um die Beziehungen zwischen Brasilien und Argentinien noch mehr zu festigen“, sagte die First Lady zu Journalisten. Die südamerikanischen Länder müssten eine Art wirtschaftlichen und politischen Block bilden. Als Modellbeispiel gab sie die Europäische Union an.

Später referierte die Präsidentschaftskandidatin im Itamaraty-Palast, dem Gebäude des Außen-



Im Alvorada-Palast: Marisa und Luis Inácio Lula da Silva (mitte) mit Senatorin Cristina Kirchner (rechts).

ministeriums, vor rund 16 bedeutenden brasilianischen Unternehmen. Unter den Anwesenden befanden sich José Gabrielli, Präsident der staatlichen Ölfirma Petrobras, und Manager der Bank Itaú. Die besorgten Unternehmer wollten von Cristina Kirchner wissen, was es mit der hohen Inflationsrate auf sich habe. Ihre Berechnungen hätten ergeben, dass die Inflationsrate in Argentinien dieses Jahr um die 17 Prozent betragen

werde, so die Unternehmer. Die Senatorin antwortete: „Sie irren sich.“ Offizielle Schätzungen des staatlichen Statistikamtes zeigten, die diesjährige Inflationsrate werde unter zehn Prozent liegen.

Auf die Frage, ob die Tarife etwa im Bereich des öffentlichen Transportes aktualisiert werden, sagte Cristina Kirchner: „Ja, das muss man nun tun, aber behutsam.“ Mache man es abrupt, könne dies zur Folge haben, dass For-

derungen nach Lohnerhöhung massiv ansteigen.

Ihre letzte Reise ins Ausland wurde überschattet von einer Anzeige. Ein Senator-Kandidat und zwei Juristen reichten am Mittwoch bei der argentinischen Justiz Klage ein, die First Lady führe Kampagne mit öffentlichen Geldern. Damit würden Reisen unter anderem nach Deutschland, Frankreich und nun auch nach Brasilien bezahlt – etwa die Kosten für den Tango 02. Das sei eine Schande und unrechtmäßig, ließen andere Präsidentschaftskandidaten verlauten, darunter der derzeitige Gouverneur der Provinz San Luis, Alberto Rodríguez Saá.

Auch wurde diese Woche in Frage gestellt, ob Cristina Kirchner wirklich Anwältin sei. Die Universität La Plata in der Provinz Buenos Aires bestätigte allerdings sofort, dass die Senatorin ihr Rechtsstudium abgeschlossen habe. Der Missbrauch von Titeln ist seit geraumer Zeit ein wiederkehrendes Thema. Bereits der Kandidat für das Amt des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires, Juan Carlos Blumberg, verwendete den Titel „Ingenieur“, den er nach Gesetz nicht tragen darf.

„Ich habe Angst“

Belastende Aussage im Prozess um den Mord der Schweizerin

Buenos Aires (AT/cal) – Die Situation für den Hauptangeklagten verschlechtert sich: Der Hotelier Alcides Cuevas soll am Tag, an welchem Annagreth Würzler verschwand, mit ihr in die nächste Stadt gefahren sein. Dies berichtet der zweite Angeklagte in diesem Fall. Am letzten Mittwoch sagte Cuevas' ehemaliger Chauffeur und Fremdenführer, Miguel Narváez, im Prozess um die „verschwundene“ 29-jährige Schweizerin in der nordwestlichen Provinz La Rioja aus. Das Gerichtsverfahren hat Mitte September begonnen, nachdem er zigmal verschoben worden war.

Die Schweizerin Würzler reiste vor rund drei Jahren mit dem Fahrrad durch Argentinien. Im August 2004 wurde sie zum letzten Mal gesehen - in La Rioja. Die Biologin wollte den Nationalpark Talampaya besuchen, per Autostopp. An jenem Tag schrieb sie ihre letzte E-Mail an Bekannte. Seither ist sie verschwunden. Ihre Leiche ist nie aufgetaucht. Allerdings fand man später eine ihrer Socken im Kleinbus von Miguel Narváez sowie Blutflecken und Patronenhülsen unter dem Beifahrersitz. Narváez ist als Mittäter wegen Mordes an Annagreth Würzler angeklagt.

Narváez bestätigte vor Gericht, dass er die Schweizerin auf der Rou-

te, die zum Nationalpark führt, aufgelesen habe. Er brachte sie zum Campingplatz des Dorfes Pagancillo. Dort stellte er sie seinem Chef, Alcides Cuevas, vor.

Diese vereinbarten eine gemeinsame Tour. Narváez erinnert sich, wie die 29-Jährige in den Kleinbus stieg und mit Cuevas davon fuhr – in die 30 Kilometer entfernte Stadt Villa Unión. Hotelier Cuevas hatte diese Fahrt immer verneint, sie habe nie existiert.

Der frühere Chauffeur fuhr im Prozess weiter: „Narváez hat gegenüber mir Morddrohungen ausgesprochen.“ Dies, nachdem er erstmals über diese Kleinbusreise seines Ex-Chefs öffentlich geredet hatte. Er habe Angst vor Cuevas.

Es ist bereits die zweite Aussage, die den Hauptangeklagten schwer belastet. Ein Zeuge beteuerte bereits, dass er Cuevas an jenem Abend, an welchem die Schweizerin verschwand, im Zentrum der Stadt Villa Unión mit ihr spazieren gehen sah.

Wegen Vertuschung des Mordes wird zudem auch gegen die Besitzer der Campings prozessiert. In ihrem Garten war Annagreths Sackmesser vergraben. Die Schweizerin hatte noch, bevor sie nach Villa Unión fuhr, da ihr Zelt aufgestellt und ihr Fahrrad stehen gelassen.

Capitanich siegt definitiv

Wahlen in Chaco jetzt mit Endresultat

Buenos Aires (AT/cal) – Die letzten Wahlen vor den nationalen Wahlen sind vorüber, die Anmeldungen der Kandidaten für politische Ämter werden bestätigt und Ängste wegen möglichen Wahlbetrugs am 28. Oktober geäußert: Nur noch drei Wochen fehlen, bis unter anderem das Staatsoberhaupt, Senatoren, Abgeordnete, Bürgermeister und Gouverneure gewählt werden.

Verschiedene Präsidentschaftskandidaten verkündeten in den Medien, sie befürchteten Ungenauigkeiten bei der Stimmauszählung. Einige schlugen vor, auswärtige Wahlbeobachter an den Urnen zuzulassen.

Die Nationale Wahlkammer hat nun auf die Klagen der Oppositi-

onspolitiker reagiert und die Regierung von Präsident Néstor Kirchner zu Transparenz aufgerufen.

Das Innenministerium, das sich um das Bürokratische beim Wahlvorgang kümmert, soll Maßnahmen vorschlagen, damit die Parteien möglichst effektiv die Auszählung kontrollieren könnten. Dabei geht es vor allem um die provisorische Auszählung. Die Richter baten, dass mindestens ein Anwalt pro Partei in den Postzentralen anwesend sei. In diesen Räumlichkeiten werden die Daten in ein Computersystem eingegeben. Bisher war dieser Vorgang unbewacht.

In der wichtigsten Provinz Argentinien sind 16 Kandidaten für

das Amt des Gouverneurs zu den Wahlen Ende Oktober zugelassen. Buenos Aires zählt ein Drittel der Wählerstimmen im Lande. Drei Anmeldungen waren angefochten worden. Unter anderem jene des derzeitigen Vizepräsidenten Daniel Scioli, da er nicht, wie es das Gesetz vorschreibt, den Wohnsitz in der Provinz hat. Der Forderung seine Anmeldung als nichtig zu erklären, wurde von der Justiz nicht statt gegeben. In der Provinz Buenos Aires werden nebst dem Gouverneur 23 Senatoren, 34 Abgeordnete, 134 Bürgermeister gewählt.

Während für den 28. Oktober die letzten Vorkehrungen getroffen werden, gehen andere Wahlen – nach langem Hin und Her - end-

lich zu Ende. In der nördlichen Provinz Chaco ist der Kirchner-Anhänger Jorge Capitanich als Gouverneur bestätigt worden.

In den Wahlen von Mitte September war die Differenz zwischen Capitanich und seinem Gegner Angel Rozas von der Radikalen Bürgerunion nach der provisorischen Auszählung verschwinden klein: Es handelte sich lediglich um 2005 Wählerstimmen. Rozas gestand seine Niederlage nicht ein und wartete die definitive Auszählung ab. Am letzten Montag, nachdem rund 90 Prozent der Urnen ausgezählt worden waren, lenkte Rozas ein. Die Differenz hatte sich nämlich zu Gunsten von Capitanich gar vergrößert.

WOCHENÜBERSICHT

Weitere Eingeborene in Chaco verhungert

Eine 56-jährige Toba, Eingeborene der nördlichen Provinz Chaco, starb vergangene Woche in einem Spital der Provinz Buenos Aires an Unterernährung. Im Chaco leben rund 50.000 Eingeborene. Seit Juli dieses Jahres sind bereits 15 Tobas zu Tode gehungert. Das führte zu Protesten unter anderem von Seiten der Kirche. Vor rund drei Wochen ordnete das Oberste Gericht Argentinien an, dass die nationale Regierung und jene der Provinz Chaco Nahrungsmittel und Trinkwasser verteilen müssen. Auch seien sie verantwortlich dafür, dass zu den ärztlichen Aufnahmestellen in den Toba-Gemeinden der Transport und die Kommunikation gut funktionieren.

Transvestiten bleiben vorerst im Rosedal

Die Gespräche am „Runden Tisch“ brachten keine Lösungen: Vorerst werden die Transvestiten weiterhin im Rosedal – einem Teilstück des weitläufigen Grünparks Parque Tres de Febrero – Sex anbieten. Der größte Transvestitenstrich der Stadt Buenos Aires war letzten August in die Schlagzeilen geraten, als der Unterstaatssekretär für geschützte Stadtgebiete von einem Tag auf den anderen diese Rotlichtzone auflöste, weil sie zu nahe an bewohnten Gebieten liegen würde. Nach Protesten seitens der Transvestiten wurde diese Verordnung wieder aufgehoben. Seither versuchen Anwohner, Politiker und Transvestiten in Gesprächen

Lösungen zu finden. Es stand zur Diskussion, die Rotlichtzone an eine andere Stelle innerhalb des Grünparks zu verlegen.

Flughafenmitarbeiter klauten 80.000 Dollar

„Ich schneide auf, strecke die Hand hinein und ziehe 80.000 Dollar heraus.“ Dies sagte ein Flughafenmitarbeiter jubelnd, als er letzten Donnerstagmorgen einem Kollegen von seinem Diebstahl berichtete. Der Mann entwendete das Geld aus dem Laderaum eines United Airlines-Flugzeuges auf dem internationalen Flughafen Ezeiza in der Provinz Buenos Aires. Die Dollar hatte die US-Notenbank Federal Reserve nach Argentinien versandt. Aufgrund der fehlenden Dollar in der der Ladung startete das Sicherheitspersonal in Ezeiza eine Großoperation. Es wurden zahlreiche Abschließfächer von Flughafenmitarbeitern, die fürs Auf- und Abladen von Flugzeugen verantwortlich sind, durchsucht. Dabei stießen die Sicherheitsleute nicht nur auf die gesuchten Dollar, sondern auch auf anderes Diebesgut – darunter Schmuck, Fotokameras und Handys. Es kam zu mehreren Verhaftungen.

Es wurden 22 Prozent mehr Autos geklaut

In den ersten sechs Monaten 2007 sind im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr 22 Prozent mehr Autos in der Stadt Buenos Aires geklaut worden. Landesweit ist die Zahl der Autodiebstähle im ersten Halbjahr um rund

18,5 Prozent angestiegen. Dies geht aus einer Statistik des Zentrums für Forschung und Verkehrssicherheit (CESVI) hervor. Am liebsten werden die Marken Fiat Duna, Volkswagen Golf und Fiat Uno entwendet. In rund 31 Prozent der Fälle waren die Diebe bewaffnet. Am meisten Autos sind in der Provinz Buenos Aires entwendet worden: rund 48 Prozent. In der Hauptstadt beträgt die Zahl um die 34 Prozent, im Landesinnern zirka 18 Prozent.

Alarmierende Zahlen zur Kinderarbeit

60 Prozent der Cartoneros sind Mädchen und Buben unter 14 Jahre. Dies zeigen Zahlen einer Erhebung der nationalen Kommission für die Bekämpfung von Kinderarbeit (CONAETI). Die Cartoneros sammeln täglich zur Abendstunde Karton, Flaschen und andere wieder verwertbare Abfälle auf den Straßen ein und bringen sie zu den nächsten Müllhalden. Weiter geht aus dem CONAETI-Bericht hervor, dass landesweit

rund 21 Prozent der Kinder unter 13 Jahre als Hausangestellte mindestens zehn Stunden pro Woche arbeiten. Die Erhebung wurde in acht Provinzen durchgeführt. Vier Millionen arbeitstätige Minderjährige wurden dabei registriert.

50.000 Schusswaffen wurden abgegeben

Der im letzten Juli angelaufene nationale Plan zur Entwaffnung ist ein Erfolg: Bisher sind im ganzen Land rund 50.000 Schusswaffen von ihren Besitzern freiwillig an die Regierung übergeben worden – im Schnitt handelt es sich dabei um 900 pro Tag. Am Anfang des Projekts wurden im Schnitt 600 Pistolen und Gewehre pro Tag abgegeben. Die Waffenbesitzer erhalten pro Schießisen ein Entgelt zwischen 100 und 450 Pesos. Die Annahmestellen – darunter die Zentrale des nationalen Waffenregisters in der Stadt Buenos Aires – nahmen in den letzten drei Monaten zudem rund 264.000 Patronen entgegen.

(AT/cal)



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

Aussenpolitische Erbschaften

Präsident Kirchner ist weltweit bekannt dafür, dass er sich aussenpolitisch abriegelt, Auslandsreisen so gut wie möglich meidet, wenige Besucher aus dem Ausland empfängt und eine Finanzpolitik betreibt, die Argentinien von der Welt weitgehend abschottet.

Anders verhält sich seine Gattin Cristina, deren Kandidatur er für seine Nachfolge aufgestellt hat, nachdem er darauf verzichtete, ohne hierfür einen überzeugenden Grund abzugeben. Cristina betreibt neuerdings Wahlpropaganda, indem sie sich im Ausland zeigt, Kontakte knüpft und Konflikten aus dem Wege geht. Sollte sie, wie es die Umfragen vorhersagen, am 10. Dezember die Präsidentschaft antreten, dann wird sie sich mit mehreren aussenpolitischen Erbschaften auseinandersetzen müssen, die ihr Gatte Néstor hinterlässt.

Der auf eine dringende Lösung wartende Streit mit dem Pariser Klub soll nach jüngsten Lesarten demnächst gelöst werden. Die 19 Mitglieder des Klubs, allesamt staatliche Gläubiger Argentiniens, bestehen auf einer Verständigung Argentiniens als Schuldnerland mit dem Internationalen Währungsfonds, der als Revisor der Wirtschaftspolitik deren Nachhaltigkeit zur Bezahlung der umgestundeten Fälligkeiten bestätigen soll. Präsident Kirchner hat eine Abmachung mit dem Fonds stets ausgeschlossen. Neuerdings wird der Ausweg erwogen, dass die Regierung im Haushaltsgesetz makroökonomische Ziele aufstellt, die der Fonds angeblich gutheissen soll, womit die Hürde genommen würde, damit Argentinien als Schuldnerland 5,2 Milliarden Dollar auf angenommene zehn Jahre umschuldet. Der frischgebackene Fondsdirektor Dominique Strauss-Kahn soll, wie verlautet, diesen Kompromiss während seines jüngsten Besuches in Argentinien ausgehandelt haben. Als Gegenleistung hat Argentinien als Fondsmitglied für ihn als neuen Direktor gestimmt. Die Lösung drängt, weil zahllose Investitionen, auch Staatskäufe für die Infrastruktur, von mehrjährigen Bankdarlehen für Maschinenimporte abhängen, die im Geberland von der jeweiligen Regierung garantiert werden.

Im Konflikt mit Uruguay über die Zellstofffabrik Botnia in Fray Bentos hat Präsident Kirchner in New York das Eis gebrochen, als er zugab, dass die Fabrik steht und nicht verlegt werden wird, wie es Uruguay stets verfochten hat. Danach dementierte er in Buenos Aires, den Anspruch auf die Verlegung der Fabrik aufgegeben zu haben. Der juristische Streit mit dem Nachbarland besteht weiter, weil Botnia ohne Zustimmung Argentiniens am Uruguay-Fluss zugelassen wurde, über den ein Vertrag beider Anrainernationen zuständig ist. In Gualeguay-

chú entrüsteten sich die Aktivisten, die Botnia dem Erdboden gleichmachen wollen, und sperrten die Nationalstrasse 14 fünf Stunden lang als Protest. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag soll etwa Mitte 2008 den Rechtsstreit mit einem Urteil beenden. Die Umweltverträglichkeit der Fabrik soll angeblich von beiden Regierungen überwacht werden. Botnia beteuert, dass keine Giftstoffe in den Fluss entladen werden, was seriöse Studien bestätigen.

Das Terrorattentat gegen das jüdische Hilfswerk AMIA war Gegenstand der New Yorker UNO-Rede Kirchners, der Iran aufforderte, der argentinischen Justiz beizustehen, wo mehrere Indizien den Verdacht auf eine Täterschaft des Irans zeigen. Der Konflikt eskaliert unterdessen, ohne dass eine Lösung in Sicht wäre. Iran wurde von Kirchner nicht als Terror-Staat verurteilt. Hohe Beamte Irans werden von Interpol auf internationalen Flughäfen nicht verhaftet werden, wohl aber andere Handlanger. Die diplomatischen Beziehungen werden nicht abgebrochen. Ein bewaffneter Angriff auf den Iran wurde von Kirchner nicht befürwortet. Der Konflikt dürfte auch unter Präsidentin Cristina auf der Stelle treten.

Andere Finanzkonflikte der Präsidentschaft Kirchners bleiben unterdessen bestehen. Die sogenannten „hold outs“, das sind Bondsinhaber im Ausland, die die Umschuldung mit Kapitalschnitt nicht angenommen haben und Argentinien vor ausländischen Gerichten mit Pfändungen bedrängen, verhindern den Zugang zu den Bondsmärkten in der Welt. Auch Präsidentin Cristina wird sich damit befassen müssen.

Jüngstes Streitobjekt ist der britische Anspruch auf 350 Seemeilen östlich der Malwinen im Rahmen der Seerechtskonferenz von 1982. Kirchner hat den Anspruch abgelehnt, über den in der UNO verhandelt werden wird. Unterdessen bleiben die Malwinen in britischen Kolonialhänden.

Sollte die Welthandelsrunde genannt Doha zu einem Vergleich kommen, worüber 151 Partner der Welthandelsorganisation seit 2001 im Gespräch sind, wird sich Präsidentin Cristina auch damit befassen müssen, weil Zollsenkungen im Tausch gegen Marktöffnungen für Agrarprodukte Argentiniens inbegriffen sind. Die Zölle schützen die argentinische Industrie.

Als gewählte Präsidentin muss sich Cristina Kirchner entscheiden, ob sie es mit der Auslandsöffnung ernst meint, die ihr in den Medien unterstellt wird und die sie in ihren Besuchen im Ausland predigt.

Randglossen

Für die Präsidentschaftswahlen vom 28. Oktober melden sich die meisten gleichen Namen wie vor vier Jahren, ausgenommen der damalige Sieger in erster Runde Carlos Saúl Menem. Nach seiner zweiten Niederlage in Folge in der Heimatprovinz La Rioja verzichtete Menem auf eine Präsidentschaftskandidatur, die er vorher pausenlos angekündigt hatte. Der Name Kirchner, damals zweitbesten in erster Runde, kommt in Gestalt seiner Gattin Cristina wieder. López Murphy, damals an dritter Stelle, ist wieder im Rennen, allerdings mit geringen Umfragewerten. Elisa Carrió, vierte im Rennen von 2004, hofft auf eine Zweitwahl. Für Adolfo Rodríguez Saá, damals fünfter, kandidiert sein Bruder Alberto als Neuling im Präsidentschaftswettbewerb, ebenso wie Roberto Lavagna, damals Wirtschaftsminister und jetzt Kandidat der UCR.

Oppositionskandidaten bemühen sich mit persönlichem Einsatz in zahlreichen Städten, um ihren Bekanntheitsgrad zu verbessern, ebenso wie sie sich für jede sich bietende Gelegenheit stellen, im Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen Werbung zu betreiben. Die Regierungskandidatin Cristina Kirchner reist derweil ins Ausland, wo sie glimpflicher als zu Hause behandelt wird und dank Fotografien sowie Fernsehen für Wahlkampfpräsenz im Lande sorgt. Für ihren Reiseaufwand kommen die Steuerzahler auf, während ihr Gatte unentwegt Wahlpropaganda für sie betreibt, ebenfalls auf Staatskosten. Als Präsident ist ihm höchste Priorität in den Medien beschieden. Oppositionelle Kandidaten geniessen diese Privilegien nicht, umso mehr sie ihren persönlichen Einsatz im Wahlkampf verstärken müssen, damit die Wähler sie am 28. Oktober nicht vergessen.

Erinnern an Folter

Buenos Aires (AT/cal) - Die ehemalige Mechanikerschule der Marine (ESMA) soll zu einem Museum der Erinnerung umgestaltet werden. Verteidigungsministerin Nilda Garré übergab am Mittwoch offiziell das Gelände und die Einrichtungen der ESMA im Stadtviertel Nuñez in Buenos Aires an die Organisatoren des „Museo de la Memoria“.

Am Montag war die Schule von den letzten Einrichtungen der Marine geräumt worden. Die ESMA war eines der größten Geheimgefängnisse von den über 500 der letzten Militärdiktatur. Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass hier von 1976 bis 1983 mehr als 5000 Menschen gefoltert wurden und später verschwanden.

Auf dem 17 Hektar großen Gelände an der nördlichen Stadtgrenze von Buenos Aires stehen 34 Gebäude. Darin waren neben Militärschulen auch zivile Ausbildungsstätten untergebracht. Zeitweise wurden hier rund 7000 Menschen unterrichtet. Am 24. März 2004, dem Jahrestag des Putsches, war das Gelände zum ersten Mal für die Öffentlichkeit geöffnet worden. Néstor Kirchner hatte 2004 die Räumung und die Übergabe an eine Kommission zum Aufbau einer Erinnerungsstätte angeordnet.

Am Abend davor wurde die Verteidigungsministerin Garré in einem Fernsehinterview in einem delikaten Zusammenhang erwähnt. Ein Historiker berichtete, dass der Unternehmer Jorge Born ihm gebeichtet habe, damals die Stimme von Nilda Garré erkannt zu haben. Born war in den 70er-Jahren von den Montoneros – der damaligen Stadtguerrilla – entführt und sechs Monate lang gefangen gehalten worden. Eine Montonero-Frau redete immer wieder auf ihn ein, seine Familie solle das Lösegeld so rasch als möglich bezahlen und er käme wieder frei.

AUSFLÜGE UND REISEN

Ab heute rollt der Tren a las Nubes erneut

Heute, Samstag, um 15.30 Uhr, nimmt nach mehr als anderthalbjähriger Unterbrechung der Tren a las Nubes in Salta den Betrieb wieder auf. In den 30 Jahren seines Bestehens ist dieser Aussichtszug zu einem der fünf bedeutendsten touristischen Anziehungspunkte Argentiniens auf internationalem Niveau geworden, neben dem Perito Moreno-Gletscher, der Península Valdés, Feuerland und den Iguazú-Wasserfällen.

In dem Zeitraum, da der Bahnbetrieb ruhte, mussten die Reisenden mit Touren per Omnibus vorlieb nehmen, die die gleiche Strecke wie der Zug befahren und teilweise eigentlich sogar noch mehr Abwechslung bieten.

Der Verkehr wurde seinerzeit unterbrochen, als eine Lokomotive ausgerechnet am höchsten Punkt der Strecke streikte und die Touristen bei niedrigen Temperaturen stundenlang ausharren mussten, bis sie in Sicherheit gebracht werden konnten.



Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447

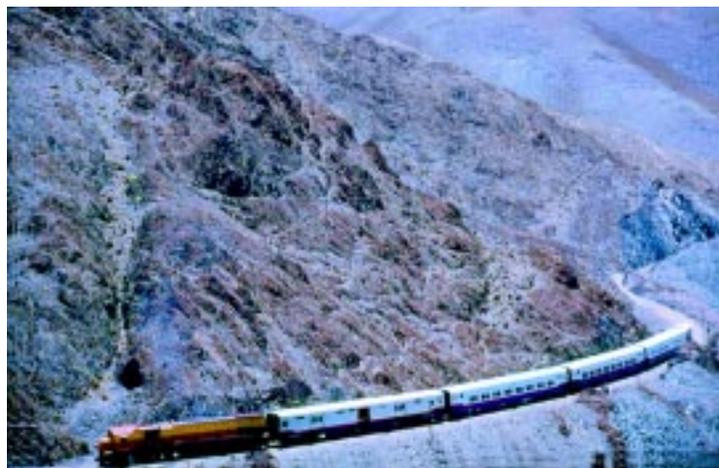
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Nun wurden die Waggonen renoviert und die Schienen an mehreren Stellen ausgebessert, um eine reibungslose Zirkulation zu gewährleisten.

Zunächst wird der Tren a las Nubes nur einmal im Monat fahren. Sommers, während der Regenzeit, ruht der Betrieb ohnehin, denn es gibt Erdbeben, die die Schienen blockieren, und die Wolken in der Quebrada hängen so tief, dass man wenig Ausblick hat.

Nun soll der Zug also einmal monatlich fahren, bis er dann ab März wieder regulär jeden Samstag rollt, und in der Ferienzeit sogar täglich. Eine neue Lokomotive sorgt für garantierte Betriebssicherheit.

Der Tren a las Nubes fährt frühmorgens vom Bahnhof Salta ab und kriecht über Zickzacks und Schleifen durch die Quebrada del Toro auf das Hochplateau. Schon die Auffahrt ist überwältigend. Einmal durch den Scheiteltunnel am Abra Muñano, liegt der unermessliche Altiplano, genannt Puna, mit seinen Sechstausendervulkanen und Salzseen vor den Augen des Reisenden. Die Fahrt geht über San Antonio de los Cobres und Mina Concordia bis zu dem in den 20er-Jahren konstruierten Viadukt La Polvorilla, wo die Gleise am Streckenkilometer 1350 des Ferro Carril Belgrano (von Santa Fe aus gerechnet) genau 4200 Meter über dem Meeresspiegel erreichen. An der Mina Concordia wird die Lok umge-



Der Tren a las Nubes vor dem Scheiteltunnel Abra Muñano.

spannt. Von Salta bis zum Viadukt beträgt die Distanz 218 Kilometer, und nochmals soviel retour. Hier wird Interessenten in einem Sonderabteil des Zuges ein frankierter Brief oder eine Postkarte gestempelt - in der höchsten Postdienststelle der Welt.

Als Neuigkeit führt unter dem 63,5 Meter hohen und 224 Meter langen Viadukt nunmehr die Ruta 40 hindurch, deren Streckenführung vor wenigen Monaten geändert wurde. Zum Gedenken an dieses Ereignis hat Correo Argentino einen Block von Sonderbriefmarken für Philateliefreunde herausgebracht (Ruta Nacional 40, zehn Pesos an den Schaltern).

Das Polvorilla-Viadukt liegt 22 Kilometer hinter San Antonio de los Cobres. Weitere 13 Kilometer hin zur Grenze nach Chile befin-

det sich Abra Chorrillos, der höchste Punkt der ganzen Strecke mit 4475 Meter über dem Meer (der zweithöchste Punkt liegt tief in den Anden, heißt Alemán Muerto und ist 4334 Meter hoch).

Mit Aufhalten dauert die Fahrt zwischen zwölf und 14 Stunden, je nach Streckenzustand. Es gibt an Bord Fremdenführer, Folkloreinslagen sowie Mittagessen, Erfrischungen und Sandwiches im Speisewagen oder vom rollenden Büfett. Allerdings raten Fachleute, so wenig wie möglich zu essen und lediglich Flüssigkeiten und Kekse oder Trockenobst zu sich zu nehmen, um der Höhenkrankheit vorzubeugen. Für solche Fälle fährt auch ein Sanitärer mit, der einem eine Sauerstoffdusche verabreichen kann.

Marlú

Schwarz-Rot-Gold am Deutschen Brunnen

Feier zum 17. Jahrestag der Deutschen Einheit
Von Ariane Werner

Buenos Aires (AT) - "Das wiedervereinigte Deutschland hat Geburtstag", so begrüßte Wolfgang Börnsen, Abgeordneter des deutschen Bundestages, die Anwesenden auf der Plaza Alemania. Auf Einladung des Dachverbandes der deutschen Vereinigungen F.A.A.G. und der Deutschen Botschaft hatte sich eine große Menschenmenge zur Feier des Tages der Deutschen Einheit zusammengefunden. Bereits am Vormittag füllte sich der Platz rasch mit jungen Fahnenträgern der deutschen Schulen und Vereine; sie alle strömten aus verschiedenen Richtungen auf den Brunnen in der Mitte des sehr hübsch angelegten

und gepflegten Platzes zu. Als die Musikkapelle des argentinischen Heeres die beiden Nationalhymnen spielte, fühlten sich die Schüler beim Singen der argentinischen Hymne jedoch um einiges textstärker als bei der im Folgenden erklingenden deutschen.

Die Plaza Alemania im schwarz-rot-gelben Farbenrausch, das ließ einen kleinen Jungen die an seinen Vater gerichtete Frage aufkommen, ob dieser Platz denn ein Teil Deutschlands sei. Auch die Allerjüngsten im Kinderwagen schwenkten schon die deutsche Fahne.

Doch bei aller Freude des Gedenkens an die Wiedervereinigung



Aufreihen der Fahnenträger vor dem Brunnen- Schüler der deutschen Schulen.

und des Zelebrierens der Festlichkeiten ermahnte vor allem der Präsident des Verbandes der Deutsch-Argentinischen Vereinigungen, Werner Reckziegel, sich auch daran zu erinnern, wie viele Menschen an der Mauer ihr Leben gelassen haben und mit ihrem Widerstand erst dazu beigetragen haben, dass die Vereinigung möglich wurde. Auch verwies er auf die Leistungen Helmut Kohls, die Gunst der Stunde für diese entscheidene historische Wende genutzt zu haben, währenddessen nur wenige Politiker im internationalen Umfeld an die Wiedervereinigung des deutschen Volks glaubten. Was für viele wie ein weit entfernter Traum erschien, wurde letztendlich Realität.

Der CDU-Politiker Wolfgang Börnsen als Festredner der Veranstaltung fügte dem hinzu, dass es nur dem Willen bedürfe, denn: "Wer an eine Sache glaubt, kann Berge versetzen." Er bedankte sich für die Unterstützung bei den Deutschen, die 1989 die Wiedervereinigung in Argentinien begleitet haben. Fast schon enthusiastisch betonte er eindringlich die tiefgehende Freundschaft beider Länder. Nicht unbeteiligt daran

seien der rege Austausch zwischen den in Argentinien angesiedelten deutschen Schulen, den Universitätskooperationen beider Länder, sowie den zahlreichen Kulturgesellschaften.

Argentinien wurde auch für seine sportlichen Erfolge und sein breitgefächertes Kulturleben gelobt. "Wer aus Europa nach Argentinien kommt, muss wissen: Er kommt in ein Weltmeisterland!" Zweimal bereits Fußballweltmeister, eine weltweit bedeutende Filmindustrie, die besten Polo-Spieler, eine höhere Dichte an Theatern als New York und letztendlich natürlich der Weltmeister im Fleischkonsum.

Börnsen hob den Anteil der deutschen Einwanderer an der argentinischen Erfolgsgeschichte hervor und lobte dabei auch das Argentinische Tageblatt. Der 65-jährige Politiker aus Schleswig-Holstein zeigte zudem auch auf, welche bedeutenden Weichenstellungen der Fall der Mauer für die Zukunft Europas geleistet hat. Mit der Überwindung der ideologischen Gräben West- und Osteuropas wurde der Grundstein für die Erweiterung der Europäischen Union auf inzwischen 27 Länder



Begeistert von der Gastfreundlichkeit – der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Börnsen.

(Fotos: AW)

gelegt. An die Schüler appellierte er, die Einheit Europas als Beispiel zu sehen, um die Einheit Südamerikas voranzubringen und die Chancen durch die Schaffung des Mercosurs in allen Bereichen zu nutzen.

Als Repräsentant der Stadt Buenos Aires beglückwünschte der Botschafter Roberto Laperche die anwesenden Gäste zum Feiertag, in Vertretung für Bürgermeister Jorge Telermann, der durch eine Reise verhindert war an dem Festakt teilzunehmen.

Botschafter Dr. Rolf Schumacher fand auch nachdenklichere Worte. "Deutschland selbst hat

seinen entscheidenden Umbruch von 1989 noch nicht vollständig aufgearbeitet." Auch wenn die junge Generation die Unterschiede, die durch die Teilung hervorgerufen wurden, kaum mehr spüre, so gelte es auch 17 Jahre nach der Wiedervereinigung noch einige Hürden zu überwinden", so der Vertreter Deutschlands in Argentinien. Er lobte die internationale Konkurrenzfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft und den ökonomischen Erfolg des vereinigten Deutschlands: "Wir sind nicht Weltmeister geworden. Aber in einem sind wir dies ganz sicher: Wir sind Weltmeister im Export."

Feier in Córdoba



Dieses Jahr wurde in Córdoba nicht nur der 17. Jahrestag der Wiedervereinigung gefeiert, sondern auch die 40 Jahre des Goethe-Instituts in Córdoba, sowie die 150 Jahre bilaterale Beziehungen zwischen Deutschland und Argentinien. Am Mittwoch um 12:00 Uhr trafen sich auf der "Plaza del Libertador General San Martín" sämtliche Konsule, Vertreter von Provinz- und Stadtbehörden, Polizei, etc. Mit dabei waren zudem Dr. Markus Litz, Leiter des GI-Córdoba, zahlreiche Lehrer und Schüler der Deutschen Schulen Córdoba und Villa Gral. Belgrano, Frau Karolin Moser (DAAD-Córdoba), sowie zahlreiche in Córdoba lebende Deutsche, deutschstämmige und sonstige Gäste. Zur offiziellen Kranzniederlegung am San-Martin-Denkmal spielte das Musikkorps der Cordobeser Provinzpolizei die deutsche und argentinische Nationalhymne. Nach einer kurzen Rede von Carlos W. Oechsle, des Deutschen Honorarkonsuls in Córdoba, wurden die Gäste und Anwesenden zur Ausstellung "De Liebermann a Lüpertz" (die das Goethe Institut im Gelände des "Cabildo Histórico de Córdoba" organisierte) eingeladen, wo sie auch mit einem Imbiss erwartet wurden. Inmitten hervorragender Werke (Besitzum von Herrn Dr. Litz) verging der Mittag dieses sonnigen und warmen Treffens der Wiedervereinigung und 40. Geburtstag des GI-Córdoba.

Gedenkfeier für die „Pamir“

Die Erinnerung an die Pamir und ihre Besatzung lebt auch hier, im entfernten Buenos Aires, weiter. Und nicht nur in Kreisen der deutsch-argentinischen Gemeinschaft. Die damaligen längeren Liegezeiten der Schiffe im Hafen, die damit eine nähere Bekanntschaft mit den Besatzungsmitgliedern ermöglichten, haben sicherlich dazu beigetragen.

Fünfzig Jahre sind derweilen seit dem Untergang des Segelschiffes Pamir vergangen. Die argentinische Kriegsmarine hatte der Pamir-Gedächtnis-Kommission das Museumsschiff Fragata Sarmiento für die Gedenkstunde zur Verfügung gestellt. Die Fragata Sarmiento war über die Toppen geflaggt und das Musikkorps der Armada, unter der Leitung von Major Cirilo Flor, empfing die Teilnehmer an der Gedenkstunde mit treffenden Musikstücken, schon ehe die Gedenkstunde begonnen hatte.

Das Singen der Hymnen beider

Länder, begleitet vom Musikkorps der Armada, leitete die Feier ein.

Als Gesamtkoordinator der Gedenkstunde sprach Rudolf Hepe die Eröffnungsworte, mit einem besonderen Dank an Botschafter Dr. Rolf Schumacher und an Admiral Andres Roque Di Vincenzo, für die große Unterstützung. Er hob auch die Bereitwilligkeit von KzS Marcelo Corona und Korv. Kap. Diego Giavedoni hervor und unterstrich die Beteiligung von hiesigen Vereinigungen wie ATNA - Amigos Tradición Náutica Argentina und Comisión Náutica Buques Museo.

Vom intensiven Briefwechsel hob er die gute Zusammenarbeit mit Hartmut Haase / Lübeck und Kapitän Helmut Grubbe / Rio de Janeiro, hervor, ehe er die Grußworte der Hansestädte Bremen (Bürgermeister Jens Böhrnsen), Hamburg (Bürgermeister Ole von Beust), Lübeck (Bürgermeister Bernd Saxe und Stadtpräsident Peter Sinnenwold) und Rostock



KzS Guillermo Oyarzábal, Admiral Andres R. Di Vincenzo und Botschafter Dr. R. Schumacher mit dem Chor Harmonia Artis.

(Oberbürgermeister Roland Methling und Bürgerschaftspräsidentin Liesel Eschenburg) und des Vereins Rettet die Passat (Hartmut Haase, Vorsitzender, und Peter Reinhardt, Zweiter Vorsitzender), ins Spanische übersetzt, vorlas.

Im Zeichen der christlichen Seefahrt hielten Pater Paul Denninger (Bonifatiusgemeinde) und Pastor Heinz Franke (Martinez-Gemeinde), in gemeinsamer Abstimmung, eine ökumenische Andacht. Für Pater Paul Denninger, der 1957, also fast gleichzeitig, zum Priester geweiht wurde und Pastor Heinz Franke, von der Warkant (Hamburg und Bremen) kommend, waren es seinerzeit markante Momente. Auch wenn man die damals auf See Gebliebenen nicht wieder zurück bringen könne, solle man für die Momente danken, die man mit ihnen verlebt habe.

Auf die Andacht folgte das erste der drei vom Chor Harmonia Artis unter der Leitung von Ri-

chard Karmann eingeübten Liedes: Alo-Ahe, mit einer besonderen Beteiligung von Regina Mielke und Mariana Karmann als Solisten.

Kapitän zur See Guillermo A. Oyarzábal (Leiter der Abt. Estudios Históricos Navales de la Armada) zog einen Bogen vom Auslaufen der Pamir im August 1957 bis zum Eintreffen der Nachricht des Unterganges, knappe 40 Tage später. Er erwähnte auch die Besuche der Pamir-Besatzungen in der Escuela Nacional de Nautica und zitierte den ersten argentinischen Marineminister, Martin Rivadavia, der seinerzeit die Wichtigkeit des Baues von Segelschiffen zur Schulung der Seeleute hervorhob.

Botschafter Dr. Rolf Schumacher unterstrich in seiner Rede die menschliche Brücke, die das Einlaufen eines Segelschiffes darstelle. Hinzu kam, im Falle der Pamir, daß es sich bei rund der Hälfte der Besatzung um junge Menschen

handelte, die zwischen 16 und 18 Jahre alt waren. Sie standen in voller Ausbildung, um die neue bundesdeutsche Seefahrt aufzubauen. Von der Stammbesatzung und den Kadetten wurden nur 6 gerettet. Die damalige Rettungsaktion war einmalig und zeige, wie Nationen für einen menschlichen Sinn zusammenarbeiten können. In diesem Sinne freue er sich, daß Argentinien und Deutschland, nicht nur seit Beginn der offiziellen freundschaftlichen Beziehungen vor 150 Jahren, eine stets gute Zusammenarbeit gehabt hätten.

Anschließend wurde ein Blumengebilde mit der Form eines Rettungsringes und den Farben der Hansestädte, also rot und weiß, zu Wasser gelassen. Das Blumenhaus Bruzzone von Martinez hatte den Wunsch der Organisatoren richtig interpretiert und das von Klaus Andriessen erdachte System sorgte für ein einwandfreies Ablassen ins Wasser.

Der Chor „Harmonia Artis“ sang sodann den Shanty „Rolling Home“ und die besonders emotionelle Note gab das Solo von Steen Lienhard in echtem Plattdösch, mit Gitarre- und Akkordeon-Begleitung.

Einer derjenigen, die sich um die Abwicklung der Pamir und Passat bei ihren Eintreffen in Buenos Aires kümmerte, ist Reinhard Holst, der seinerzeit bei der Agencia Maritima Sudocean tätig war. So war auch die Schilderung von damaligen mit der Besatzung erlebten Situationen der richtige Moment damit die Teilnehmer an der Gedenkfeier mit Herz und Gedanken wieder nach Buenos Aires zurück kämen. Reinhard Holsts didaktische Art und Weise interessante Episoden zu schil-

dern, wurde von allen Teilnehmern sehr gelobt.

Durch das Solo von Jency Dombay hervorgehoben, sang der Chor das bekannte Lied Hamburger Veermaster, ehe FAAG-Vorsitzender Werner Reckziegel Dankesworte aussprach und alle Teilnehmer zum Ehrenwein einlud, den Botschafter Dr. Schumacher gestiftet hatte.

Aber der Botschafter hatte, als Überraschung, nicht nur Sekt und Wein für den anschließenden Ehrenwein gestiftet, sondern auch die Heringhäppchen, die diesen nautischen Moment bestens abrundeten. Diese gute Gelegenheit mit Freunden und Bekannten noch eine Weile zu verbringen, zog sich dann bis in den Nachmittag hinein.

Die ausgestellten Fotos und die 5 Grußworte fanden ebenso Anerkennung wie die Bilder der Pamir von Gisela Quimbel, von Karl Heinz Friedrich und von Horacio Bolletta; wie auch die Fotos von Kap. Carlos Amato, wohl die letzten die geschossen wurden, denn sie wurden 3 Tage vor dem Untergang aufgenommen. Außer den w.o. Genannten, befanden sich unter den zahlreichen Teilnehmern Kultur-Attaché Christian Reißmüller, Freg-Kap. Marcos Matesa, Prof. Isidoro Acosta und Prof. Alejandro Annchini (Prefectura), Dr. Juan Alemann vom Argentinischen Tageblatt, Komm. Claudio Pereyra (GEOF), Carlos Biscioni und Hernan Alvarez Forn (ATNA), Daniel Lopez Quesada und Gervasio Gonzalez Arrilli (Comisión Buques Museo), vier ehemalige Besatzungsmitglieder der Graf Spee, sowie KzS Jorge Irigoien und Carlos Mey (Histarmar).

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,18. Die Rofex Terminkurse betragen zum 31.1. \$ 3,216, 29.2. \$ 3,233, 31.3. \$ 3,250, 30.4. \$ 3,270, 2.6. \$ 3,285, 30.6. \$ 3,303, 31.7. \$ 3,325 und 31.8. \$ 3,339.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,8% auf 2.254,32, der Burcapindex um 2% auf 8.191,24 und **der Börsenindex um 2,2% auf 122.909,08.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 0,1% auf \$ 2,649.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 21.9.07 US\$ 42,77 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 63,74. Eine Woche

zuvor waren es US\$ 43,02 Mrd. bzw. \$ 64,90 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 43,69 Mrd. bzw. \$ 64,70 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 27,90 Mrd. bzw. \$ 50,06 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 21.9.07 155,86%

Die Supermarktkette Coto gab die Umschuldung auf 10 Jahre ihrer Gesamtschuld von US\$ 175 Mio. zu Libor+300 Basispunkten (gleich 8,25% Jahreszins) bekannt. Die beteiligten Banken waren die New Yorker Filiale der Rabobank International, Credit Suisse International, Barclay's Bank Plc, Banco Macro, Nuevo Banco Bisel, Banco Santander Rio und Nación Fideicomiso. Ein Teil der

Schuld befand sich in Händen von „hedge funds“, der von Coto mit einem Abschlag von rd. US\$ 23 Mio. voll rückgekauft wurde, so dass die verbleibende Gesamtschuld US\$ 150 Mio. beträgt.

Im 1. Halbjahr 07 hat nicht nur der Inlandsbedarf an Kosmetika zugenommen, auch die Ausfuhren derselben verzeichneten im Vorjahresvergleich eine Zunahme von 23% auf US\$ 178 Mio. Die Mercosurstaaten, an der Spitze Brasilien mit 41%, vor Chile mit 28% waren Hauptabnehmer. Die Gesamteinfuhren betragen im Berichtszeitraum US\$ 146 Mio.

Der Merval Börsenindex wird im kommenden Quartal auf 25 notierende Unternehmen erweitert. Die Firmen Edenor, Mirgor und die beiden Wärmekraftwerke Puerto und Costanera kommen dazu.

Nach dreimonatiger Baisse wiesen Aktien und Staatspapiere im September eine Erholung aus. Der Merval-Aktienindex stieg im September um 6,1% und die Staatsbonds, die anlässlich der Umschuldung ausgegeben worden sind, stiegen bis 10% (wie der Boden 2014). Auch der Euro und das Gold wurden in Dollar und Pesos teurer. Unter den Aktien, die im September stärker als der Durchschnitt stiegen, befanden sich Acindar (plus 16,5%), Siderar (plus 15,1%) und Tenaris (plus 10,7%). Im Laufe des Jahres kumuliert der Merval-Index eine Zunahme von 8,3%.

Nach der Regierungskündigung über die Ausschreibung des Hochgeschwindigkeitszuges zwischen Buenos Aires und Mar del Plata im vergangenen Februar, wurde diese im Regierungsgebäude angekündigt. Das „Atlantikkorridor“ benannte Vorhaben soll, ausseramtlich,

US\$ 600 Mio. kosten. Es werde mit einer Geschwindigkeit von 300 kmh die beiden Städte in einer Stunde und 50 Minuten verbinden, in 2 Stunden mit Zwischenhaltestellen. Die 399 km Schienen müssen vollkommen neu gelegt werden. Die Fristen für die Ausschreibung, die wahrscheinlich verlängert werden, sind der 14.11.07 für die Einreichung der Umschläge Nr. 1 mit den Nachweisen der Antragsteller, der 20.12.07 für die Einreichung der technischen Unterlagen und am 22.1.08 sollen die Umschläge geöffnet werden. Ende 2010 soll der Betrieb aufgenommen werden. Wie beim Hochgeschwindigkeitszug Buenos Aires-Rosario-Cordoba müssen die Interessenten ihr Angebot mit mindestens 50% Eigenfinanzierung machen.

Der Oberste Gerichtshof der USA hat geurteilt, dass Mittel der argentinischen ZB nicht gepfändet werden können, weil sie durch die für alle ZB gültigen Sonderbestimmungen geschützt sind. Das bezieht sich auch auf die von den Aasgeierfonds EM und NMI Anfang 06 gepfändeten US\$ 105 Mio., als Argentinien mehrere Überweisungen durchführte, um seine Schulden an den IWF zu bezahlen. Das Oberste Gericht urteilte, dass das Geld nicht Besitz der Regierung Argentiniens sei, sondern seiner ZB und deshalb nicht pfändbar. Damit sind die US\$ 105 Mio. noch nicht frei, nur der Prozess muss an die erste Instanz zurück gehen. Das Urteil berücksichtigt besonders den „Foreign Sovereign Immunity Act“ von 1976, der ausländische ZB, die ihre Reserven in den USA hinterlegen wollen, schützt.

Das Amt für öffentliche Einnahmen, AFIP, gab bekannt, dass Unternehmen die Überwachungen, Reinigungsarbeiten und Geldtransporte durchführen, ihre „A“-Rechnungen sofort elektronisch auszustellen haben. Ab dem 1. Quartal 08 müssen auch Rechtsanwälte, Buchprüfer, Architekten und andere Akademiker, die als Unternehmen organisiert sind, ihre Rechnungen elektronisch ausstellen. Schrittweise werden in die Bestimmung Werbeunternehmen, Informatikbetriebe, Mautabonnements und Softwareentwickler in die Verpflichtung eingegliedert. Das erleichtere die Steuereintreibung und verringere die Hinterziehungsmöglichkeiten.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Sigfrido Pable Luckow, 82, am 24.9.
Frida Koch geb. Bosch, am 28.9.
Heidi Viviane Heinlein, 50, am 1.10.

Die Methode wurde im April für die privaten Krankenkassen, Kabelfernsehen und Internet Pflicht. Im Juli kam Mobiltelefonie dazu. Derzeit müssen 256 Unternehmen ihre Rechnungen elektronisch anfertigen. Im Vormonat waren es 1,1 Mio. Rechnungen für \$ 1,19 Mrd., mit einer MwSt Einnahme von über \$ 200 Mio., wie AFIP-Direktor Abad mitteilte. Die 64.400 Steuerpflichtigen, die 86% der Steuern bezahlen, hätten ihr Verhalten und ihre Pünktlichkeit wesentlich verbessert. Die monatlichen MwSt Erklärungen hätten seit 2002 um 22% auf durchschnittlich 765.000 zugenommen. In diesem Zeitraum ging die MwSt Hinterziehung von 35% auf 21% zurück.

Der Stromverteiler Edenor hat Obligationen in Dollar auf 10 Jahre untergebracht. Die erste Auflage, auch die erste argentinische seit Beginn der internationalen Finanzkrise Ende Juli, betrug US\$ 220 Mio. Der Zinssatz betrug 10,5% im Jahr. Er zeigt eine anspruchsvollere Markttendenz. Die Papiere zahlen einen festen Spread auf gleichfristige T-Bonds. Wie die Deutsche Bank, die das Geschäft zusammen mit der Citibank durchführte, erklärte, kamen die meisten Angebote aus den USA.

Von insgesamt 42 Unternehmen der Milch-, Pflanzenöl- und Mühlenwirtschaft, die im Binnenhandelssekretariat um Kompensationen eingereicht haben, stehen 2 Unterstützungen zu, ein weiteres wird noch geprüft und 26 wurden zurückgewiesen. Die Kompensationen für Unternehmen, die sich verpflichten, ihre Preise zu halten, wurden von 33 Molkereibetrieben, 3 Pflanzenölerstellern und 4 Mühlen beantragt. Unter den Unternehmen, die für Kompensationen qualifizierten, befinden sich Nestle und die Ölfabrik Oligra. Die Anträge von 18 Molkereiunternehmen wurden aus Formgründen nicht bearbeitet, 4 erhalten Buchprüfungen und 5 wurden zurück gewiesen. Von 5 Pflanzenölunternehmen wurde eines zurückgewiesen, weil es die Voraussetzungen nicht erfüllt und 3 werden noch überprüft. Von 4 beantragenden Mühlen hatten 2 unvollständige Unterlagen und 2 werden noch geprüft.

Die Steuerbehörde der Provinz Buenos Aires gab einen Zahlungsverleichterungsplan für säumige Schuldner bekannt. Auch werden 12.000 weitere Unternehmen der Provinz Einbehaltungsverpflichtet, besonders für säumige Lieferanten. Dieses Kreditpfändung benannte Vorgehen verpflichtet die Unternehmen, bis zu 60% der Zahlungen an geklagte steuerschuldende Lieferanten einzubehalten. Dabei gibt es 2 Methoden. Bei der ersten gibt es Zahlungsverleichterungspläne vor einem Urteil, mit Zinsverleichterungen von bis zu 80% und Barzahlungsrabatten von bis zu 25%. Bei der anderen können bis zu 80% der Zinsen gestundet werden, sowie Honorare des amtlichen Klägers um bis zu 80% verringert werden.

Preissteigerung im September: 0,8%

Das Statistische Amt (INDEC) hat eine Zunahme von 0,8% beim Index der Konsumentenpreise für September bekanntgegeben, die sich aus folgenden Einzelzunahmen ergibt: Nahrungsmittel und Getränke: 0,7%; Bekleidung: 0,2%; Wohnungsausgaben: 0,9%; Wohnungsausstattungen: 1,8%; Gesundheitsbetreuung: 0,6%; Transport: 1%; Freizeitgestaltung: 0,6%; Erziehung: 0,5%; andere Güter und Dienstleistungen: 1,1%.

Bei Nahrungsmittel nahmen Tomaten um 49,4% zu, nachdem sie schon im August stark gestiegen waren. Tomaten sind wegen der anormalen Winterkälte immer noch knapp, und werden in Supermärkten um die \$ 8 pro kg verkauft, gegen etwa \$ 3 vor dieser Lage. Das INDEC gibt für September einen Preis von \$ 4 an, der unreal ist. Es wird damit gerechnet, dass sich erst im November die Lage normalisiert. Gurken stiegen im September laut INDEC um 30,3% und Süßkartoffeln um 13,7%. Auf der anderen Seiten nahmen Mangold („acelga“) um 56,5% ab, Pfefferplanze („aji“) um 36,4% und Kürbisse („zapallito“) um 19,8% ab. Kartoffeln gibt das INDEC mit \$ 1,45 pro kg an, wobei der Konsumerschutzverband Adelco als billigsten Preis \$ 4,42 ermittelt hat. Ebenfalls gibt das INDEC den Rübenpreis mit \$ 1,95 pro kg an, gegen \$ 2,59 von Adelco.

In 9 Monaten 2007 stiegen die Konsumentenpreise um 5,8% und in 12 Monaten zum September um 8,6%, so dass für 12 Monate zum Dezember auf alle Fälle mit einer einstelligen Preiszunahme gerechnet wird. Ricardo Delgado, con „Ecolatina“ (die von Roberto Lavagna gegründete und bis vor einigen Jahren geleitete Consulting-Firma) berechnet die September-Zunahme mit 1,9%. Er weist darauf hin, dass die Nahrungsmittelpreise viel stärker gestiegen seien, und dass bei Bekleidung der Einfluss der Frühlingzbekleidung unterbewertet worden sei. Dardo Ferrer, von der Stiftung „Mercado“ schätzt die September-Zunahme auf 1%, und andere Experten liegen bei ihren Schätzungen um 1,2%. Für das ganze Jahr rechnen die privaten Experten mit einer Zunahme des Indices der Konsumentenpreise von 15% bis 20%, bei Korrektur der einzelnen Monate, angefangen mit Januar 2007, als die Manipulierung des Preisindexes began.

Der Gouverneur von Mendoza und Formelpartner von Cristina Kirchner bei den Präsidentschaftswahlen, erklärte, die Methodologie der Berechnung dieses Indices werde geändert, wobei ein nordamerikanisches System eingeführt werden soll, bei dem die Preise stark schwankender Produkte ausgenommen werden, ebenso die Energiepreise, und eine sogenannte „core Inflation“ (Kerninflation) gemessen werde. Es wird auch erwogen, den Index auf der Grundlage der Annahme auszuwerten, dass Produkte, die viel teurer werden, weniger konsumiert werden, was in der Wägung, die dem Index zu Grunde liegt, berücksichtigt werden soll.

D. Giorgi, Produktionsministerin der Provinz Buenos Aires, hat mit der Finanz Bank ein Abkommen unterzeichnet. Kleinen und mittelständischen Unternehmen soll die Möglichkeit gegeben werden, Garantstellungen zu erhalten, deren Kosten vom Garantiefonds Fogaba (Fondo de Garantía Buenos Aires) subventioniert werden. Fogaba ist der erste heimische Garantiefonds. Er wurde 1994 von der Provinzregierung geschaffen.

Internationale Anleger haben für die Lecab- und Nobacwechsel der ZB kein grosses Interesse gezeigt. Am Inlandsmarkt konnte die ZB allerdings \$ 1,07 Mrd. unterbringen. Am Dienstag wurden zum ersten Mal die neuen „Letras y Notas internas“ angeboten, die nur von lokalen Anlegern erworben werden können. Die Ausschreibung galt für \$ 500 Mio. Dennoch konnten \$ 1,07 Mrd. untergebracht werden. Damit konnte die ZB ihre Fälligkeiten von \$ 1,06 Mrd. erneuern. Die Banco Nación kaufte \$ 235 Mio. auf

30 Tage zu 10,5% und weitere \$ 215 Mio. auf 60 Tage zu 10,7%. Damit konnten die Zinssätze verringert werden die bei der letzten Ausschreibung 10,6% bzw. 10,8% betrug. Anleger ziehen weiter kurze Fristen vor. Obwohl die ZB Wertpapiere auf 4 Jahre anbietet, waren die meisten Angebote auf 30 und 60 Tage.

Die Clarín Gruppe hat ihr Road show für institutionelle Anleger und Börsenmakler durchgeführt, mit der Absicht, 50 Mio. Aktien zu \$ 28 bis \$ 35 unterzubringen. Damit will der mit US\$ 3 Mrd. bewertete Mediengigant US\$ 500-600 Mio. aufnehmen, womit 18% seines Kapitals am Markt verstreut wären. Angebote würden bis zum 19.10. angenommen werden. Für den Finanzmarkt von Buenos Aires würden rd. 20% der Auflage vorgesehen sein. Der Rest würde in Europa (die Aktien notieren auch in London) und den USA angeboten werden. Die 50 Mio. Aktien bedeuten eine Kapitalerhöhung. Derzeit hält die Clarín Gruppe, Ernestina Noble, Héctor Magnet-

Zwei ICSID-Urteile gegen Argentinien

Das internationale Weltbank Schiedsgericht hat in einem Urteil das Stornierungsgesuch der Entschädigung von U\$S 133,2 Mio. zu Gunsten der CMS Gas Transport Company zurück gewiesen. In einem anderen werden der US-Firma Sempra Energy, Minderheitsinhaber von Camuzzi Gas del Sur und Camuzzi Gas Pampeana rd. U\$S 172 Mio. Entschädigung für Tarifeinfrierungen und die Pesifizierung des Konzessionsvertrages zugesprochen.

Obwohl das erste der beiden Urteile Rechtsfehler, Mängel und Unterlassungen bei dem beanstandeten Schiedsspruch anerkennt, hat die zweite ICSID Instanz das Stornierungsgesuch Argentinien zurück gewiesen, das jetzt über eine Frist von 228 Tagen verfügt, um die U\$S 133,2 Mio. plus Zinsen zu bezahlen, oder mit der Zahlung weiterer U\$S 2,15 Mio. die Beteiligung von CMS am Gastransportunternehmen zu übernehmen.

Die Rechtsvertretung des argentinischen Schatzamtes will einen diplomatischen Weg beschreiten, wie er in diesen Fällen noch nie versucht wurde. Die US-Regierung soll aufgefordert werden, die Klausel 11 des gegenseitigen Investitionsabkommens zu bestätigen, nach der sozialer oder wirtschaftlicher Notstand, wie er in Argentinien herrschte, sich selbst rechtfertigt.

Im anderen Urteil hatte Sempra eine Entschädigung von U\$S 209,3 Mio. gefordert, als Ersatz für den Wertverlust seiner Aktiven durch die Abwertung, die Abschaffung der Indexierungsklausel für geschuldete Tarife und Subventionen. Das ICSID sprach sich für eine Entschädigung von U\$S 128,2 Mio. aus, zu der das Unternehmen die Verzugszinsen zu Libor plus 2% ab dem 1.1.02 bis zum Datum des Schiedsspruches am 28.9.07 rechnet.

Das Urteil, gegen das Berufung eingelegt wird, würde angeblich für den argentinischen Staat keine Zahlung bedeuten, da im Vertrag zwischen dem Uniren Amt und dem Hauptanteilseigner der beiden Unternehmen, Camuzzi, eine Schutzklausel für den Staat besteht, nach der Camuzzi die Kosten übernimmt, die nach Inkrafttreten des neuen Vertrages entstehen.

Dennoch besteht Sempra Energy darauf, dass der argentinische Staat die Schuld aus dem ICSID-Schiedsspruch zu begleichen hat, unabhängig vom dem was er mit dem Hauptanteilseigner vereinbart hat. Sempra ist mit 43% an Sodigas Pampeana und Sodigas Sur beteiligt, die von Camuzzi mit 57% kontrolliert werden. Sempra vertritt den Standpunkt, das die Vereinbarung mit einem Dritten (Camuzzi) keinen Einfluss auf das Schiedsgerichtsurteil hat, weshalb der argentinische Staat zu zahlen hat.

to, José Aranda und Lucio Pagliaro 82% des Kapitals. Die restlichen 18% gehören Goldman Sachs, der seine Beteiligung auf 10% verringern würde.

Ab dem 1.11.07 wird das Sozialwerk Anses die Familienzulagen der Arbeitnehmer direkt auf ihr Gehalts-Bankkonto, ein anderes Konto auf ihren Namen oder Postüberweisungen durchführen. Für die Unternehmen soll das 2 Vorteile haben. Mit dem Ausfüllen eines Formulars sparen sie eine grosse Verwaltungsarbeit. Ausserdem kann nur ein Teil der bezahlten Familienzulagen mit anderen Unternehmensverpflichtungen verrechnet werden. Das bisherige Kompensationssystem war insofern korrupt, als es Schattenunternehmen gab, die Unternehmensverpflichtungen an geben um Familienzulagen einzubehalten. Jetzt werde es 2 Methoden geben. Bei einer zahlt das Unternehmen und verrechnet gegen Unternehmensschulden, bei der anderen wird das Unternehmen ganz ausgeschaltet.

Die brasilianische Paquetá wird über die von ihr kontrollierte Perchet in Argentinien bis 2011 U\$S 20

Mio. investieren, um nicht mehr importieren zu müssen. Perchet stellt die Adidas Sportschuhe her und erzeugt und vertreibt die Diadora Sportschuhe. Sie hat für U\$S 11 Mio. ihr erstes Werk in Chivilcoy, Provinz Buenos Aires, in Betrieb genommen. Bei der Einweihung war Präsident Kirchner anwesend. Dort sollen 70.000 bis 80.000 Paar Schuhe im Monat hergestellt werden. 2011 sollen 2 Mio. Paar im Jahr hergestellt werden, womit der Inlandsbedarf voll befriedigt werden könnte.

Über 40 metallverarbeitende argentinische Firmen nehmen in Caracas an der 2. Industrie-Integrationsmission mit Venezuela teil. Sie werden mit Vertretern der Regierung und der staatlichen Erdölgesellschaft Pdvs zusammen kommen, um Lieferverträge abzuschliessen. Bis jetzt sind die wichtigsten Lieferanten des metallverarbeitenden Gewerbes in Venezuela die USA und Kolumbien. Die Regierung Chávez wünscht neue Lieferanten und hat besonderes Interesse an der gemeinsamen Herstellung von Kabeln, Rohren, einzelnen Kapitalgütern, Aufzügen, Erdgas- und Petrole-

Staatschuld stieg im 2. Quartal um u\$S 2 Mrd.

Das Wirtschaftsministerium gab am Mittwoch bekannt, dass die gesamte Schuld des Nationalstaates im 3. Quartal 2007 von u\$S 136,35 Mrd. um u\$S 2 Mrd. auf u\$S 138,31 Mrd. gestiegen ist. Diese Schuld liegt bei 60% des BIP. Sie schliesst die u\$S 6,3 Mrd. ein, die den Staates des Pariser Klubs (einschliesslich der Schuld von u\$S 1 Mrd. an Spanien, die dieses Land 2001 zusammen mit dem IWF-Kredit zur Sicherung des Konvertibilitätsprogrammes beigetragen hatte). Es verbleibt jedoch die Schuld gegenüber denjenigen, die das Umschuldungsangebot nicht angenommen haben („holdouts“), die mit Zinsen auf u\$S 27,92 Mrd. geschätzt wird.

Von der gesamten Staatsverschuldung entfallen 53% auf Bonds u.a. Instrumente in Dollar u.a. Währungen; 40,8% des Schuldbetrages ist in Pesos mit CER-Indexierung ausgedrückt. Der Restbetrag sind Pesoschulden ohne Indexierung. Jeder Punkt der Zunahme des Indizes der Konsumentenpreise stellt eine Zunahme der mit CER indexierten Staatstitel um \$ 1,7 Mrd. dar. Das entspricht u\$S 550 Mio., wobei man jedoch die Abwertung abziehen muss, die in den letzten Jahren unter der Zunahme der internen Preise liegt. Kommt es zu einem Abwertungssprung, dann nimmt die Schuld in Dollar ab.

Es war 2002 und danach ein grober Fehler, den Staat in Pesos mit CER-Indexierung zu verschulden, statt in Dollar. Von 2002 bis 2004 machten die Pesobonds mit CER-Indexierung etwa 20% der Gesamtschuld aus; aber 2002, nach der Umschuldung, stieg der Anteil auf 41%. Indessen wäre dies zur Zeit der Konvertibilität ein gutes Geschäft gewesen, da die Abwertung über 200% erreichte, während die Konsumentenpreise etwas über 100% stiegen. Die mit CER wertberichtigten Pesoschulden nahmen im 2. Quartal um \$ 3,32 Mrd. zu, und in Dollar um etwa eine Milliarde.

Im 2. Quartal wurden die Zinsen der Staatschuld pünktlich gezahlt, und ausserdem Schulden in Höhe von u\$S 3 Mrd. zurück gezahlt. Doch gleichzeitig hat die Regierung sich in Höhe von u\$S 3,2 Mrd. neu verschuldet, sowohl durch Ausgabe von Bonar 10 und Boden-Bonds, wie Schatzscheinen, und durch Aufnahme von Krediten bei der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank. Nach dieser Rechnung hätte die Staatschuld nur um u\$S 200 Mio. zunehmen sollen. Doch die Wirkung der CER-Indexierung erhöhte die Zunahme der Verschuldung um etwa u\$S 2 Mrd.

Die Zunahme der Staatschuld widerspricht den Ausweisen des Schatzamtes, nach denen die Staatsfinanzen nicht nur einen primären Überschuss (ohne Berechnung der Zinsen als Ausgaben), sondern auch einen echten oder finanziellen ausweisen. Gemäss den Buchhaltungsregeln müsste dieser Überschuss gleich einer entsprechenden Verringerung der Staatsverschuldung sein. Und das ist offensichtlich nicht der Fall: der Nationalstaat hat eben Defizit.

umverarbeitung und Landmaschi-nen.

Die Schuhfabrik Grimoldi gab eine Investition von \$ 13 Mio. bekannt, um ihre Produktionsstrategie zu ändern. Ihre 4 Fabriken in Arroyo Seco sollen in einer zusammen gefasst werden, um Kosten zu sparen, effizienter zu arbeiten und die Produktion zu verdoppeln. Grimoldi verkauft derzeit 2 Mio. Paar Schuhe im Jahr, von denen 500.000 in den 4 Werken hergestellt werden, eine Million wird von lokalen Lieferanten bezogen und 500.000 werden importiert. Mit der Betriebszusammenfassung sollen 1 Mio. Paar im Jahr erzeugt werden.

Die Blaquier Gruppe hat in ihrer Schweinezucht Cabaña Argentina, in Roque Pérez, Provinz Buenos Aires, U\$S 850.000 in eine Wurstwarenfabrik investiert, die ihre eigene Produktion verarbeitet. Die meisten Investitionen galten Maschinen. Cabaña Argentina begann die

Tätigkeit 1992 mit der Zucht und Schlachtung. 10 Jahre später kamen Vakuumverpackte Frischfleischschnitte dazu und eine Erweiterung auf Aufschnitte für Supermärkte.

Telefónica Móviles Argentina gab an der Börse ein globales Obligationenprogramm bekannt, mir dem bis zu \$ 1,5 Mrd. aufgenommen werden sollen.

Die gesetzgebende Körperschaft der Provinz Buenos Aires hat ein neues Gesetz über Industrieparks erlassen. Es soll die Niederlassung vereinfachen, erleichtern und die Amtswege ordnen. Zu den herkömmlichen Zusammenschlüssen wie Industrieparks und geplante Industriesektoren kommen jetzt Industriedienste, Logistik, Unternehmensanfänge und Modulareinheiten für technische Vorgänge. Es soll auch branchengebundene Anlagen geben, in denen Unternehmen zusammen kommen, die Leder,

Acindar

Das belgisch-niederländische Stahlunternehmen ArcelorMittal, das vor einigen Jahren ein Mehrheitspaket der lokalen Acindar von 65,3% über ihre brasilianische Filiale Belgo Mineira übernommen hatte, hat die Absicht bekanntgegeben, den Restbestand von 34,7%, der unter Kleinaktionären an der Börse verstreut ist, aufzukaufen. Damit würde ein Traditionsunternehmen, das in der Nachkriegszeit von Arturo Acevedo gegründet und jetzt seinen gleichnamigen Enkel als Vorstandspräsident hat, von der Börse verschwinden, wo die Aktien seit 1948 kotiert werden und seither eines der meistgehandelten Papiere darstellen. Acindar geht voll in ausländische Hände über.

ArcelorMittal bietet \$ 5,75 in bar (gleich u\$ 1,83) pro Aktie, was 19,5% über dem Kurs vom 1. Oktober darstellt, und 38,3% über dem Durchschnittskurs der letzten sechs Monate. Der Gesamtbetrag des Aktienkaufes beträgt \$ 1,71 Mrd. gleich u\$ 542 Mio. Käufer ist dieses Mal das belgische Mutterhaus und nicht die brasilianische Filiale. Das Geschäft wird unter Mitwirkung von J.P.Morgan und juristischer Beratung der lokalen Anwaltskanzlei Brouchu, Fernandez Madero und Lombardi durchgeführt.

ArcelorMittal, die vor einigen Jahren aus der Fusion der belgischen Arcelor und der niederländischen Mittal hervorgegangen ist, deren Kontrolle dem Inder Lakschmi Mittal untersteht, der jetzt Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Firma ist, ist das grösste Stahlunternehmen der Welt, wobei besonders die niederländische Mittal eines der technologisch fortgeschrittensten Stahlwerke der Welt betrieb. 2006 erreichte das Unternehmen eine Produktion von 118 Mio. Jato Stahl (10% der Weltstahlproduktion), einen Umsatz von u\$ 88,6 Mio. und hatte einer Belegschaft von 320.000 Personen in 60 Ländern.

Acindar beendet gegenwärtig einen Investitionsplan von u\$ 150 Mio., womit die Produktion auf 1,7 Mio. Jato steigen wird. Das Unternehmen soll jetzt voll in die weltweite Produktionsplanung von ArcelorMittal eingegliedert werden, besonders bei langen Walzprodukten. Dies erleichtert das Exportgeschäft des Unternehmens. Ebenfalls wird durch diese Übernahme die Finanzierung erleichtert und eine zukünftige Expansion möglich gemacht, sei es mit eigenen Mitteln des Konzerns oder durch Zugang zum internationalen Kapital- oder Finanzmarkt. Die lokale Börse ist als Mittel der Kapitalaufnahme in den letzten Jahren nicht mehr wirksam, wie es in früheren Zeiten der Fall war, und auch das lokale Bankwesen ist durch ein so grosses Unternehmen überfordert.

Holz, Chemikalien, Nahrungsmittel usw. industriell verarbeiten. Dem Produktionsministerium der Provinz zufolge hat diese derzeit 53 Industrieparks und geplante Industriesektoren, die 33.000 Arbeitsplätze bieten. In den amtlichen Industrieparks befinden sich 419 Unternehmen mit 6.950 Arbeitsplätzen, in den privaten 264 mit 18.650 Arbeitsplätzen und in den geplanten Industriesektoren 310 Unternehmen mit rd. 7.300 Arbeitsplätzen. Für den Dreijahresabschnitt 2006/8 rechnet das Ministerium mit zusätzlichen 45 Parks mit 1.200 kleinen und mittelständischen Unternehmen (Pymes) und 30.000 neuen Arbeitsplätzen.

Mit dem Versprechen, die von der Regierung bestimmten Preise von Weizen und seinen Derivaten zu halten, haben Branchenvertreter das Landwirtschaftssekretariat um die rasche Bewilligung von Getreideausfuhren ersucht, sowie eine direkte Entschädigung der Getreidemühlen für die Spanne zwischen In- und Auslandspreisen. Die Branchenvertreter trachten die Vorjahresvorgänge zu vermeiden, als die staatlichen Eingriffe im Endeffekt die Landwirte schädigten. Nach amtlichen Veröffentlichungen hatte der Staatsdruck auf die Weizenmehl- und -brotpreise im Ern-

tejahr 2006/7 einen direkten Schaden der Landwirte von knapp US\$ 350,6 Mio. verursacht. Der Betrag ergibt sich aus den US\$ 368,5 Mio. Verlust, weniger der US\$ 17,9 Mio., die Landwirte als Entschädigung vom Staat erhielten.

Nach dem Monatsbericht der Nationalen Wertschriftenkommission beträgt die Börsenfinanzierung in den ersten 9 Monaten 07 US\$ 4,68 Mrd., um 68% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zunahme ergebe sich wesentlich aus der Wiederaufnahme, nach den Umschuldungen, der Obligationen als Finanzierungsmittel. 54% der Neufinanzierungen entstanden durch Obligationen. Es folgen Treuhandgesellschaften mit 37%. Durch neue Aktienaufgaben wurden 9% aufgenommen.

Die Regierung erweitert die Kapazitäten der Ferngasteitungen. Die Stammleitungen im Süden (TGS) sollen 08 um 8 Mio. cbm mehr befördern können, die im Norden um 3 Mio. cbm. Das werde sich ab April 08, dem Beginn des zunehmenden Gasbedarfes, zeigen. 08 soll die Transportkapazität um 6% erhöht sein. Der 2006/8 benannte Gesamtplan sieht eine Kapazitätserweiterung um 20 cbm vor. Es sei sogar eine Durchkreuzung der Magal-

Fiskaleinnahmen im September um 31,2% über Vorjahr

Die gesamten Einnahmen, die der Nationalstaat über das Amt für öffentliche Einnahmen (AFIP) an Steuern, Sozialabgaben, Zöllen und Gebühren erzielt, lagen im September mit \$ 16,73 Mrd. um 31,2% über dem gleichen Vorjahresmonat. In den ersten 9 Monaten 2007 betragen die Fiskaleinnahmen \$ 144,10 Mrd., um 32,5% mehr als im Vorjahr, und um \$ 20 Mrd. über dem Plansoll, was der Regierung die Möglichkeit gibt, diesen Betrag mehr oder weniger willkürlich zu verteilen.

Der Erlös der MwSt. lag mit \$ 5,12 Mrd. (30,6% des gesamten Steueraufkommens) um 22,5% über dem Vorjahr, also leicht über der geschätzten interanuellen Inflationsrate von etwa 15%. Diese überproportionale Zunahme hängt damit zusammen, dass der Umsatz von Kfz und vielen dauerhaften Konsumgütern, besonders für den Haushalt, aber auch Computer, weit über der Zunahme des BIP in laufenden Werten lag, wobei in diesem Fällen die Hinterziehung gering ist. Diese Änderung der Konsumstruktur ist bei starkem Wirtschaftswachstum normal.

Die Gewinnsteuereinnahmen lagen mit \$ 3,55 Mrd. um 38,5% über dem Vorjahr, was die gute Konjunktur widerspiegelt, vor allem bei Landwirten, die sich an der ausserordentlich hohen Ernte von Getreide und Ölsaat beteiligt haben, die zu hohen Preisen verkauft wurde.

Der Erlös der Exportsteuern lag mit \$ 1,66 Mrd. um nur 3,3% über dem Vorjahr. Das reimt sich nicht mit der Rekorderte und den hohen Preisen zusammen, erklärt sich jedoch durch niedrigere Erdölexporte und eine gewisse Vorverlegung von Exporten.

Importzölle ergaben mit \$ 605,3 Mio. um 29% mehr als im Vorjahr, wegen höherer Importe von Konsumgütern und Halbfabrikaten aus nicht-Mercosur-Staaten, besonders aus China. Kapitalgüter sind zollfrei, Importe aus Mercosur-Staaten haben Nullzoll und Importe aus Chile und Bolivien werden dank Freihandelsabkommen mit niedrigeren Zöllen begünstigt. Somit sollten normalerweise die Einnahmen aus Importzöllen wenig oder gar nicht zunehmen.

Die Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen ergab \$ 1,37 Mrd., um 45,9% mehr als im Vorjahr, was eine zunehmende Zahlung mit Belastung von Bankdepositen zum Ausdruck bringt.

Die Einnahmen des Systems der Sozialen Sicherheit lagen mit \$ 2,7 Mrd. um 52,9% über dem Vorjahr. Dieser Sprung erklärt sich hauptsächlich durch Lohn- und Gehaltserhöhungen und die gestiegene legale Beschäftigung, aber auch durch die Übertragung von angesammelten Fonds beim privaten System auf das öffentliche, und auch durch das Moratorium für Personen, die die Altersgrenze überschritten hatten, aber nicht genügend (oder gar keine) Beitragsjahre nachweisen konnten. Dies ist jedoch Augenauswischerei, da der Staat jetzt Pensionen an diese Personen zahlt, von denen die Moratoriumsbeiträge abgezogen werden, so dass die ANSeS diese Beiträge zahlt und netto höhere Ausgaben aufweist.

Die Einnahmen aus Steuern auf Zigaretten, Versicherungspolice, Rundfunk und Kino und auch die der Einheitssteuer und die, die aus vorangehenden Zahlungsplänen stammen, nahmen gesamthaft um 7,7% ab. Dabei wurde bei der Einheitssteuer unlängst eine Berichtigung der Kategorien verfügt, in die die Mitglieder dieses Systems eingetragen sind, so dass die Einnahmen stark hätten steigen müssen.

lanesstrasse vorgesehen, um Erdgas aus Feuerland, aus den von Total betriebenen Lagern Carina und Aries, zu liefern. Die mit Treuhandmitteln finanzierten Vorhaben wurden durch den Svanska Skandal verzögert, werden jedoch fortgesetzt.

Adefa, der Verband der Kfz-Fabriken, gab bekannt, dass im September um 12,7% mehr Kfz gefertigt wurden als im gleichen Vorjahresmonat. Die 49.875 hergestellten Kfz brachten den besten September der Geschichte. Bis jetzt war es der September 1998, der um 2.949 Einheiten übertroffen wurde. Der Monatsvergleich erfolge jedoch gegenüber einem nicht typischen September. Die Bran-

che rechnet bis Jahresende mit einem Absatz von 540.000 Kfz. Auch die Lieferungen an Koncessionäre waren sehr gut: 47.610 Kfz, um 21% mehr als vor einem Jahr. Im besten Verkaufseptember (1994) wurden 50.723 Kfz verkauft. Im Vormonatsvergleich ging die Fertigung um 6,8% zurück, die Verkaufszahlen um 2,1% und die Ausfuhren um 6,3%. August war jedoch ein besonders guter Monat, nach der Energiekrise im Juli, in dem General Motors und Ford Personal beurlaubten.

Die neue Biodieselfabrik, die amtlich am 16.10. in San Lorenzo, nahe Rosario, eingeweiht werden soll, hat die Fertigung bereits begonnen. Es werden täglich 1.200 t raffi-

nirtes Öl und Biodiesel hergestellt. Die Firma, Renova SA, gehört der Pflanzenölfabrik Vicentín und Oleaginosa Moreno Hermanos SA (Omhsa) die zu 100% Glencore gehört. Vicentín begann vor 78 Jahren als Familienbetrieb und verarbeitet heute 10% der Pflanzenöle und Subprodukte des Landes. Glencore wurde 1974 in Baar, Schweiz, gegründet und ist heute einer der grössten Rohstofflieferanten der weltweiten Industrie.

Die ZB hat auch im 3. Quartal ihr monetäres Plansoll erfüllt. Das M2 (Banknotenumlauf Spar- plus Sichtdepositen) bewegte sich innerhalb der vorgesehenen Bandbreiten. Allerdings wurden dazu staatliche Sichtdepositen auf Fristanlagen, die nicht zum M 2 gerechnet werden, umgebucht. Ende Juni hatte das M2 \$ 134,45 Mrd. betragen. Die Obergrenze war mit \$ 138,55 angesetzt worden. Der Bargeldumlauf nahm im 3. Quartal um \$ 3,35 Mrd. zu, die Spar- plus Sichteinlagen um \$ 3,17 Mrd., was das Plansoll mit Abstand übertraf. Deshalb wurden \$ 4,19 Mrd. des Staates von Sichtdepositen auf Fristeinlagen übertragen.

Dem 2 Monatsbericht von Gainvest zufolge hat sich die Beteiligung kleiner Anleger an Treuhandfonds

gegenüber den letzten Monaten verdreifacht. Im Vormonat wurden 16 Treuhandgesellschaften für \$ 709 Mio. gebildet, um 24% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Es war einer der stärksten Beitragsmonate des Jahres. Die Durchschnittsrendite betrug im September 18,5%, um 400 Basispunkte mehr als im August und knapp das Doppelte der Durchschnittsrendite des 1. Halbjahres.

Die Brauerei und Malzfabrik Quilmes investiert US\$ 35 Mio. in ihre Brauerei in Acherai, Provinz Tucumán. Damit werde die Produktionskapazität der Marken Norte, Quilmes und Brahma um 80% auf 1,8 Mio. hl/Jahr vergrößert. Die Inbetriebnahme soll im August 08 erfolgen.

Die Firma Mosaic erweitert ihr Werk für einfaches Superphosphat in Puerto San Martín, Provinz Santa Fe, mit einer Investition von US\$ 20 Mio. Die Investition sei Teil eines Gesamtplanes für die nächsten 5 Jahre. Es sollen Argentinien und die Anaristaten beliefert werden.

Wie das Enargas Amt mitteilt, hat die Industrie im 1. Halbjahr 07 31,1% des Erdgases verbraucht. Es folgen die E-Werke mit 30,7%. Beide, und die Ausfuhren nach Chile, sind die

ersten, die im Notfall Einschränkungen ihrer Lieferungen erfahren. Die Pressgas-Tankstellen mit 7,4% des Gesamtverbrauches, wurden durch wenige Tage nicht beliefert. De Heilverbrauch, mit 24,5% des Gesamtverbrauches, erlitt keine Einschränkungen.

Der ehemalige Wirtschaftsminister und Präsidentschaftskandidat Roberto Lavagna hat Stellung gegen die Ausschreibung der Hochgeschwindigkeitseisenbahn von Buenos Aires nach Rosario und Córdoba bezogen, und sein Formelpartner Gerardo Morales hat eine Eingabe bei der Justiz gegen die Ausschreibung eingereicht. Die Kosten der Eisenbahn werden auf u\$ 3,6 Mrd. veranschlagt, ein Betrag der gemäss Lavagna besser in hohen Investitionen der bestehenden Eisenbahnen, in modernen Hospitälern und Wohnungen investiert werden könnte. Vor Gericht wurde beantragt, dass offiziell die Kosten auf u\$ 1,35 Mrd. geschätzt worden sind, wobei nicht klar, ist wie viel das Projekt schliesslich kosten wird und wie es finanziert wird. Im Haushaltsvoranschlag für 2008 sind umgerechnet u\$ 3,6 Mrd. für das Projekt vorgesehen, wobei jedoch bei der Ausschreibung vom Jahr 2006 ein Betrag von u\$ 2,4 Mrd. festgelegt wurde, der je zur Hälfte

vom Staat und dem privaten Unternehmen finanziert werden soll, das das Projekt durchführt, wobei nicht klar ist, ob es diese Eisenbahn nachher auch betreiben wird. Es ist alles sehr konfus. Es besteht kein Zweifel, dass es sich um ein unsinniges Projekt handelt, das den Staat nicht nur den Investitionsbetrag, sondern danach auch eine ständige hohe Subvention kosten wird.

Marcelo Mindlin, Leiter des Dolphin-Fonds, der sich ab 2002 stark auf dem Gebiet der elektrischen Energie engagiert hat, hat über die Filiale Dolphin Créditos 45% der „Grupo de Servicios y Transacciones“ übernommen, die die gleichnamige Bank (bekannt als BST) und das Finanzunternehmen Credilogros kontrolliert.

Die Bank Supervielle hat 15 Immobilien, in denen sich ihre Filialen befinden, an einen eigenen Treuhandfonds für insgesamt \$ 14,3 Mio. übertragen, wobei die Bank als Mieter auftritt, mit einer festen Dollarrente auf 10 Jahre. Auf diese Weise nimmt die Bank durch Ausgabe von Anteilscheinen flüssige Mittel auf dem lokalen Markt auf, bei deren Anlage sie sich eine höhere Rendite als die Mieten, die sie zahlt, erhofft.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Monetäre Spannungen

Die Zinsen weisen in letzter Zeit eine steigende Tendenz auf, und die ZB muss periodisch Devisen verkaufen, um den Kurs zu halten, statt wie es bisher der Fall war, täglich einen hohen Überschuss zu kaufen. Einmal wirkt sich die weltweite Finanzkrise, ausgelöst durch Hypotheken, die USA-Banken an schwache Kunden vergeben hatten, auch auf Argentinien aus. Allein, diese Krise ist vorerst begrenzt und die Wirkung auf Argentinien schwach. Es handelt sich hier mehr um die Angst vor einer steigenden Inflation, die gelegentlich sprunghaft in die Höhe geht, wenn die „selbsterfüllte Prophezeiung“ eintritt, also die Gesellschaft eine Hyperinflation erwartet und jeder Einzelne rechtzeitig den Schaden verhüten will. Wie es der Nobelpreisträger (1996) Robert Lucas erklärt hat, bilden die einzelnen Gesellschaften ihre „rationalen Erwartungen“ gemäss der Erfahrung der lebenden Generationen, und handeln dementsprechend. Die Angst vor einer ausufernden Inflation liegt den Einwohnern Argentiniens tief in den Gliedern, und gewiss mit gutem Grund.

Inflationshysterie

Die Regierungssprecher weisen darauf hin, dass das Inflationsphänomen durch das Bestehen der doppelten Überschüsse, nämlich bei den Staatsfinanzen und bei der Zahlungsbilanz, und auch durch die hohen Währungsreserven, begrenzt ist. Ebenfalls weist ZB-Präsident Redrado auf seine leicht kontraktive Geldpolitik hin, die die Expansion der Geldmenge M2 (Bargeld und Sicht- und Spardepositen) unter der des BIP in nominellen Werten hält. Gewiss wäre ohne diese Voraussetzungen die Inflation schon aus den Fugen geraten; dennoch genügt dies nicht, um die Inflationserwartungen einzudämmen.

Die Lage ist heute ausserdem dank den Reformen der verpönten Menem-Periode anders. Zu den genannten Faktoren kommt noch hinzu, dass die Wirtschaft viel offener als früher ist, was eine stark stabilisierende Wirkung hat, dass die interne Konkurrenz, besonders dank Supermärkten, viel intensiver ist als in früheren Zeiten, und dass die rasante Einführung der Computertechnologie (und auch anderer technologischer Fortschritte, wie die Gentechnik in der

Landwirtschaft) kostensenkend wirkt und Lohnerhöhungen und Erhöhungen bei Rohstoffpreisen zum Teil ausgleicht. Auch hat die über zehnjährige Preisstabilität (Mitte 1991 bis Ende 2001) die Mentalität verändert, und auch die Welt hat sich geändert, so dass jetzt nur noch Venezuela, Iran, Argentinien und eventuell noch einige weniger bedeutende Länder zweistellige Inflationszahlen aufweisen, und Zimbabwe eine Hyperinflation erlebt. Wir leben in einer stabileren Welt, und in Argentinien bestehen Inflationsbremsen, die es früher nicht gab. Doch all dies sagen die Regierungssprecher nicht. Man hat den Eindruck, dass sie selber nicht wissen, wie sich die Wirtschaftsstruktur in den 90er Jahren, in Argentinien und auf der ganzen Welt, verändert hat. Zumindest sollte es Wirtschaftsminister Peirano wissen und sagen; auch das würde die Gemüter beruhigen. Es geht darum, den „Lucas-Effekt“ zu verhindern.

Als Redrado vor einem Monat in London erklärte, er mache sich Sorgen über die Inflation, wurde er von Präsident Kirchner gescholten wie ein Schuljunge. Ebenfalls wurde die Warnung in diesem Sinn des ehemaligen spanischen

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

Wirtschaftsministers Carlos Solchaga von der Regierung als üble politische Kritik interpretiert. Die Regierung verneint systematisch das Bestehen einer zunehmenden Inflation: Präsident Kirchner sagt, dies sei Propaganda neoliberaler Wirtschaftler, und gibt bestenfalls zu, dass es inflationäre Wachstumsspannungen gebe, sagt dann jedoch im gleichen Atemzug, dass die Wirtschaft weiter mit dem ausserordentlich hohen Rhythmus der letzten Jahre wachsen soll, womit diese „Spannungen“ (lies Inflationsdruck) zunehmen würden. Gelegentlich beschuldigt er Unternehmer der Preissteigerung, wohl mit dem Hintergedanken, dass dies politisch gut ankommt. Auf alle Fälle handelt es sich um ein primitives Inflationskonzept, dass an der wirklichen Problematik

vorbeigeht. Erst letzte Woche gab Kirchner das Bestehen einer mässigen Inflation zu, und wies darauf hin, dass für 2008 eine Preiszunahme zwischen 7% und 11% vorgesehen sei. Das Problem besteht jedoch darin, dass die Inflationsrate stark zugenommen hat und Gefahr läuft, weiter in die Höhe zu springen. Die Zeit der „kontrollierten“ einstelligen Inflationsrate, wie sie Lavagna als Wirtschaftsminister befürwortete, ist vorbei.

Kabinettschef Alberto Fernandez bagatellisiert die Inflation, indem er von einzelnen Preissteigerungen spricht, und dabei meint, die Ausnahmen sollen nicht zur Regel gemacht werden, und weist auf die plötzliche Hausse bei Kartoffeln und Tomaten hin, die durch die anormale Winterkälte herbeigeführt wurde. Inzwischen geht die skandalöse Indexfälschung munter weiter, mit stets neuen Fälschungen (wie die der Preisstatistik von Mendoza), und die Regierungssprecher versuchen ein Ablenkungsmanöver, indem sie den ganzen Fall als ein technisches Problem hinstellen, einen neuen Index der Konsumentenpreise in Aussicht stellen, und den bestehenden beiläufig als technisch unzulänglich darstellen. Womit sie unterschwellig sagen wollen, dass der Index mit oder ohne Manipulierung falsch ist. Preiskontrollen und Subventionen von Tarifen öffentlicher Dienste und landwirtschaftlicher Produkte, die einen grossen Teil des Nahrungsmittelkorbs darstellen, wirken immer weniger, was normal ist.

Wenn die Krankheit nicht erkannt wird, wird auch nichts unternommen, um sie zu heilen. Präsident Kirchner wäre gut beraten, wenn er die Gefahr einer zunehmenden Inflation zugeben, sie in Einzelheiten erklären und ihr den Kampf ansagen würde. Er würde dabei bestimmt viel Unterstützung ernten und der Inflationshysterie entgegenwirken, die in der schon erwähnten selbsterfüllten Prophezeiung enden kann, wie es 2001 der Fall war.

Das heikle Lohnproblem

Dennoch besteht ein ungelöstes inflationäres Grundproblem: die Löhne, die nach der Krise von 2002 den Abwertungsverlust aufgeholt haben, können jetzt kaum noch mit Gewinnen, höherer Produktivität und mehr Effizienz neutralisiert werden. Zulagen von über 20%, wie sie in diesem Jahr

üblich waren, und Forderungen von bis zu 30%, mit automatischer Indexierung danach, treiben die Preise in etwa dem gleichen Verhältnis in die Höhe, ganz besonders bei guter Konjunktur. Wenn dann jedoch noch zurückgestaute Erhöhungen der Tarife öffentlicher Dienste, Preiserhöhungen von importierten Rohstoffen und Halbfabrikaten, ebenfalls von Rindfleisch u.a. Produkten hinzu kommen, führt der Indexierungsmechanismus unvermeidlich zu steigenden Inflationsraten.

Präsident Kirchner und seine Frau sind sich des Lohnproblems in letzter Zeit bewusst geworden, nachdem sie es vorher auf die leichte Schulter genommen hatten. Das ist ein wichtiger geistiger Fortschritt. Frau Cristina will den Konflikt durch Konzertierung lösen. Dabei heisst es dann, dass die Löhne nur einen Teil eines Gesamtabkommens zwischen Regierung, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und eventuell anderen korporativen Gruppen darstellen. Das ist jedoch politisches Geplänkel: der Kern eines Abkommens dieser Art ist eine scharfe Begrenzung der Lohnerhöhungen, höchstens auf 10%, bei Verlust des Reallohnes. Genau das Gegenteil dessen, was die Gewerkschaften fordern.

Man muss somit schon wirklich bereit sein, hart zu handeln, um dem Druck der Gewerkschaften Einhalt zu gebieten. Das ist gewiss nicht einfach, auch wenn die Regierung bereit ist, die politischen Kosten zu tragen. Denn das Land befindet sich in Aufruhr, mit Streiks auf breiter Ebene und Aktivisten, die ständig wild auftreten, mit Stöcken und verhüllten Gesichtern, die in die gleiche Kerbe wie die Gewerkschaften hauen. Die Regierung, angefangen mit Kirchner selber, vertritt die Doktrin, dass die Löhne real ständig zunehmen müssen, was mit einer echten Stabilisierungspolitik nicht kompatibel ist. Langfristig muss der Reallohn gewiss zunehmen; aber das kommt durch selektive Erhöhungen zustande, und geht mit Produktivitäts- und Effizienzfortschritten einher, die nicht von der Regierung gebremst werden dürfen, wie es gegenwärtig oft der Fall ist. Wenn versucht wird, den Reallohn kurzfristig künstlich zu erhöhen, dann führt das schliesslich über Inflation und Rezession zu einem Rückgang desselben. Das sollten wir nach mehrfach wiederholter Erfahrung gelernt haben.

Zinsen und Kreditknappheit

Zurück zu den Zinsen. Die Banken handeln in letzter Zeit vorsichtiger, achten mehr auf Liquidität und bevorzugen kurzfristige Konsumkredite zu Lasten der Kredite, die zur Finanzierung des Arbeitskapitals von Unternehmen bestimmt sind. Die aktiven Zinsen wurden erhöht, obwohl dies in der Zinsstatistik, die die Zeitungen veröffentlichen, nur minimal (oder gar nicht) zum Ausdruck kommt. Auch die Passivzinsen sind angehoben worden, sind jedoch immer noch real negativ, was immer mehr Sparer merken. Das ist sehr gefährlich, da der Anreiz zum Übergang auf Dollar- oder Euroguthaben dabei grösser wird, besonders wenn auch der reale Wechselkurs zurückbleibt und den Eindruck fördert, dass es gelegentlich einen Sprung geben muss.

Die Unternehmer beklagen sich jedoch mehr als über höhere Zinsen darüber, dass ihnen Kredite verweigert werden, eben weil die Banken mehr Liquidität schaffen wollen, um einer eventuellen Depositionenabhebung in grösserem Umfang begegnen zu können, und dann auch wegen der Umleitung der verfügbaren Mittel auf Konsumkredite. Bei diesen meistens kurzfristigen Krediten (die das Risiko der Liquidität somit verringern) liegen die Zinsen sehr hoch, auf alle Fälle über 20%, aber auch über 30% und 40%, vor allem, wenn sie über Kreditkarten gewährt werden. Es mutet sonderbar an, dass eine Regierung, die prinzipiell wirtschaftlichen Dirigismus übt, sich nicht entschieden hat, die Konsumkredite zu bremsen, was ohnehin gut wäre, um die Konjunktur nicht weiter künstlich anzufeuern. Denn irgendwann rächt sich dies, da diese Kredite den Konsum unmittelbar erhöhen, ihn jedoch nachher wegen der hohen Zinsen viel stärker verringern. Es würde genügen, den Banken einen Prozentsatz dieser Kredite an den Gesamtkrediten als Höchstgrenze vorzuschreiben.

Präsident Kirchner hat sofort dunkle Machenschaften der Banken gewittert und Binnenhandelssekretär Moreno hat eine Untersuchung beim Kartellamt gefordert, besonders bezogen auf Verkäufe von Staatspapieren, wie wenn hier nicht ein ausgedehnter und transparenter Markt bestünde. Ende der Vorwoche wurden die ausländischen Banken und die zehn grössten argentinischen Kapitals von Moreno aufgefordert,

Einzelheiten über ihre Geschäfte mit allerlei Staatspapieren zu geben, wobei sie auch angeben müssen, welche Wirtschaftler sie beraten, und warum sie diese und nicht andere gewählt haben. Das ist alles ein kollosaler Nonsense.

Wenn Depositionen abgehoben und Devisen (vornehmlich Dollar und Euro) gekauft werden, dann verliert die ZB Reserven und die Handelsbanken Liquidität. Wenn die ZB den Banken diese verlorene Liquidität wieder geben will, sei es über Swap-Geschäfte oder durch eine Unterbringung von ZB-Wechseln, die geringer als die Amortisation der bestehenden ist, wird dieser Mechanismus beschleunigt. Und wenn sie nicht so handelt, wirkt sich dies rezessiv aus. Indessen sollte man sich darüber nicht sehr aufregen. Denn einmal wird sich die Wachstumsrate der Wirtschaft ohnehin verlangsamen, wie es auch im Haushaltsprojekt für 2008 vorgesehen ist; und dann ist die Kreditmasse, die an die Privatwirtschaft vergeben wird, mit nur 11% des BIP, von denen über ein Drittel Konsumkredite sind, ohnehin anormal niedrig, so dass sich eine Verringerung gesamtwirtschaftlich kaum auswirkt. Anders war es 2001, als die Kreditmasse im Verhältnis zum BIP noch mehr als doppelt so hoch war.

Will man dem monetären Problem begegnen, das auf die argentinische Wirtschaft zukommt, muss man von der Politisierung des Falles Abstand nehmen, wie sie Präsident Kirchner und Binnenhandelssekretär Moreno betreiben. Das schafft nur Unruhe und verschärft das Problem. Man muss schon etwas weiter denken. So könnte zum Beispiel eine Weisswaschung von schwarzen Depositionen im Ausland verfügt werden, etwa wie sie schon 1990 vorgenommen wurde, als die Beträge dieser Art, die bei lokalen Banken auf eine bestimmte Frist deponiert wurden, als steuerlich legalisiert galten. Ebenfalls besteht noch die Möglichkeit, viele kleinen und mittleren Unternehmen zu veranlassen, über Banken und nicht in bar zu zahlen, so dass sie Depositionen schaffen. Man müsste die Giro- und Spardepositionen bis zu einer gewissen Grenze (\$ 500.000?) gegen gerichtliche Beschlagnahme schützen und den kleinen und mittleren Unternehmen erlauben, reale Bilanzen vorzulegen, mit Weisswaschung ihres schwarzen Vermögens.

In diesem Sinn sollte auch ein geringerer Satz der MwSt. bei

Zahlung über Banken (mit Scheck, Kredit- und Scheckkarten oder direkter oder elektronischer Zahlungsanweisung) eingeführt werden, so dass Barzahlungen benachteiligt werden. In diesem Sinn ist schon ein grosser Fortschritt bei Zahlung mit Scheck- und Kreditkarten erreicht worden, bei denen 5, bzw. 3 Punkte der MwSt. zurückerstattet werden: AFIP-Direktor A. Abad gab bekannt, dass in den ersten 9 Monaten 2007 die Zahlungen durch Karten mit \$ 72 Mrd. um 40% über der gleichen Vorjahresperiode lagen, was eine starke reale Zunahme bedeutet. Die negative Wirkung der Steuer auf Giro- und Spardepositenbewegungen wurde somit weit mehr als

ausgeglichen. Es ist somit anzunehmen, dass bei einer Erweiterung des Systems auf alle Zahlungen über Banken eine ähnliche Entwicklung eintreten würde, die in höheren Bankdepositen zum Ausdruck käme. Wobei dies beiläufig eine bessere Steuerkontrolle erlaubt. Schliesslich müsste auch der Bereich der Dollarkredite erweitert werden (der gegenwärtig auf Geschäfte beschränkt ist, die direkt mit dem Aussenhandel zusammenhängen, aber solche ausschliesst, die indirekt auch mit dem Wechselkurs in Beziehung stehen), damit die Banken höhere Zinsen für Dollardepositen zahlen und somit Bardollar anziehen können, die normalerweise in Bank-

safes gehalten werden. Gewiss besteht noch ein grosses Misstrauen, wegen dem Raub, der durch die Pesifizierung von 2002 vollzogen wurde; aber es gibt schon jetzt Sparer, die bei lokalen Banken Dollardepositen bei minimalen Zinsen halten, und bei höheren Zinsen wären es bestimmt noch mehr. Keiner der genannten Vorschläge steht gegenwärtig zur Diskussion; und andere werden auch nicht genannt. Bürokraten denken eben nicht innovativ, Wirtschaftler aus dem privaten Bereich werden nicht gefragt, und das Argentinische Tageblatt erscheint auf deutsch.

Das Problem der unzureichenden Finanzierung über das Bank-

system lässt sich gewiss lösen, zumindest mittelfristig. Aber man muss es in seinen Eigenarten erkennen und für Lösungen, wie sie oben erwähnt wurden, offen sein, statt es zu politisieren. Das Schlimmste ist hier, dass das Finanzsystem von der Regierung, und auch von bestimmten Kreisen der Gesellschaft und des Unternehmertums, in Gegensatz zur realen Wirtschaft gestellt wird, statt von der Komplementierung auszugehen. Denn alle Bereiche der Wirtschaft bedürften eines gut ausgebauten Finanzsystems, das ihre Entwicklung möglich macht und erleichtert. Ein so einfacher Gedanken wird jedoch in Argentinien nur selten verstanden.

Konkurse und Vergleichsverfahren (in Pesos)		
	2005	2006
Sep.	22.601.948	3.487.929
Okt.	11.625.005	61.603.258
Nov.	7.054.734	22.805.849
Dez.	5.847.500	14.647.002
	2006	2007
Feb.	9.662.344	14.747.488
März	128.770.085	21.825.344
April	13.159.312	8.469.579
Mai	17.049.372	4.449.845
Juni	16.461.136	4.965.966
Aug.	18.894.930	19.901.707
Sep.	3.487.929	24.557.815

PREISENTWICKLUNG

Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr

Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise allgemein		Landwirtschaft		Industrie- produkte und Strom		Baukosten	
	I	II	I	II	I	II	I	II	I	II
2006										
September	0,9	10,4	-0,3	8,4	0,59	0,35	0,4	9,6	2,3	24,6
Oktober	0,9	10,5	0,4	7,7	-4,41	3,81	0,5	8,9	0,6	21,1
November	0,7	10,0	0,1	6,7	5,30	8,42	0,2	7,0	1,0	20,5
Dezember	1,0	9,8	0,4	7,2	-0,07	10,30	0,4	7,5	0,5	19,5
2007										
Januar	1,1	9,7	0,3	6,1	0,65	9,51	0,7	7,9	2,5	20,2
Februar	0,3	9,6	0,7	5,2	1,40	8,90	0,6	7,8	0,7	19,6
März	0,8	9,1	0,6	6,6	-0,1	9,1	0,6	7,9	1,4	19,4
April	0,7	8,9	1,7	6,9	3,6	14,6	1,3	8,5	1,0	19,1
Mai	0,4	8,8	1,5	8,3	4,0	20,4	1,2	8,8	3,4	20,6
Juni	0,4	8,8	1,9	9,4	5,4	29,8	1,4	9,2	1,7	17,4
Juli	0,5	8,6	2,3	11,8	3,2	31,8	1,9	10,6	2,6	21,0
August	0,6	8,7	0,7	11,2	-5,1	25,4	1,7	11,6	1,3	21,5
September	0,8	8,6	0,9	12,5	2,3	27,5	1,0	12,2	1,1	19,32

Quelle: INDEC